

# infobrief eu & international

## Inhalt

### State of the Unions

Das Comeback der  
US-Gewerkschaften 2

### Eskalation der Gewalt im Nahen Osten

Der Konflikt kann nur  
politisch gelöst werden 9

### Das EU-Lieferkettengesetz

Win-Win Situation für Europa  
und den Globalen Süden 14

### Vorrang für Unternehmenslobbys

Alte Verhaltensmuster bei  
den neuen Prioritäten der  
Europäischen Kommission 17

### Umkämpfte Energiewende

Widerstand gegen „grünen“  
Extraktivismus in Kolumbien 23

### Buchbesprechung

Inseln der Wenigen 28

## EDITORIAL

**Die Welt in der Dauerkrise.** Die Atempausen werden immer kürzer: Davon gibt gerade der voll eskalierte Krieg im Nahen Osten Zeugnis. Dazu kommt die Sorge, die um ein entschlossenes Vorgehen gegen die Klimakrise besteht: Sie wurde zuletzt durch die Rekordzahl an fossilen Lobbyisten bei der 28. Weltklimakonferenz in Dubai genährt. Auch in Europa wittert die fossile Industrie im Lichte verschärfter geoökonomischer Spannungen neue Möglichkeiten. Wird der „grüne“ gar zum „grauen“ Deal? Für diese Auseinandersetzung werden nicht nur die Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni nächsten Jahres entscheidend. Die Augen richten sich darüber hinaus auf den ungewissen Ausgang der kommenden US-Präsidentschaftswahlen. Bereits jetzt hat der alte neue Herausforderer Trump einen entschlossenen fossilen Backlash gegenüber Präsident Bidens grüner Wirtschaftspolitik angekündigt.

Zu diesem drohenden Backlash setzt das bemerkenswerte Comeback der US-Gewerkschaftsbewegung einen wichtigen Kontrapunkt. Diesem ist der Auftakt dieser **infobrief**-Ausgabe gewidmet. Daran schließt ein Themenspektrum, das sich am Puls des aktuellen Krisengeschehens und gesellschaftlicher Umbrüche bewegt: Von der jüngsten Eskalation des Nahost-Konflikts über das EU-Lieferkettengesetz und neue Einfallstore für Unternehmens-Lobbying bis zu akuten Konflikten um kritische Rohstoffe der grünen Energiewende in Kolumbien. Den Abschluss bildet eine Leseempfehlung, die sich auch hervorragend als Geschenk für die Feiertage eignet. Sie gilt Quinn Slobodians frisch übersetztem Bestseller „Kapitalismus ohne Demokratie“.

Wir wünschen eine anregende Lektüre!  
Die Redaktion

Schreiben Sie uns Ihre Meinung, Wünsche, Anregungen und Kritik an [eu@akwien.at](mailto:eu@akwien.at)

#### IMPRESSUM:

Herausgeberin und Medieninhaberin Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, 1040 Wien, Prinz Eugen Strasse 20-22, Telefon +43 1 501 650 · Offenlegung gem § 25 des Mediengesetzes siehe [wien.arbeiterkammer.at/offenlegung](http://wien.arbeiterkammer.at/offenlegung) · Zulassungsnummer AK Wien 02Z34648 M · Redaktion, Frank Ey, Felix Mayr, Lisa Mittendrein, Christian Osternig, Oliver Prausmüller, Norbert Templ, Valentin Wedl · Grafik Julia Stern · Verlags- und Herstellungsort Wien · Erscheinungsweise 4 Mal jährlich · ISSN 2409-028X · Blattlinie Die Meinungen der Autor:innen · Kostenlose Bestellung unter <http://wien.arbeiterkammer.at/euinfobrief>



## STATE OF THE UNIONS DAS COMEBACK DER US-GEWERKSCHAFTEN

Von  
Tyma Kraitt

Der amerikanische Individualismus hat ausgedient. In Zeiten eklatanter Ungleichheit setzen immer mehr US-Bürger:innen auf ein Kollektiv. Die aus ihrem Dämmerungsschlaf erwachte Gewerkschaftsbewegung bildet hierfür den zentralen Bezugspunkt.

**Über 450.000  
Arbeitnehmer:innen  
nahmen 2023  
aktiv an einem  
Streik teil.**

„Ihr habt die Automobil-Industrie gerettet. Ihr habt viel aufgegeben, als es den Unternehmen schlecht ging. Jetzt geht es ihnen unglaublich gut. Wisst ihr was? Euch sollte es auch unglaublich gut gehen!“ Diese ungewöhnlich direkte und klare Ansage von US-Präsident Joe Biden fand letzten September viel Resonanz in der nationalen wie internationalen Berichterstattung. Nicht nur der Ton, auch das Setting seiner Ansprache war bemerkenswert. In Detroit im Bundesstaat Michigan besuchte Biden einen Streikposten der United Auto Workers.<sup>1</sup> Ein historischer Besuch, den kein amtierender Präsident vor ihm gewagt hat. Die offene Unterstützung für den Kampf von Lohnabhängigen in der Automobilindustrie unterstreicht Bidens pro-Gewerkschaftsimage. Ein Image, das er spätestens seit den letzten Wahlen bemüht und von dem er sich auch 2024 einen großen Vorteil gegen seinen republikanischen Herausforderer, sei es wieder Donald Trump oder Ron DeSantis, verspricht. Wenig überraschend werfen ihm seine Gegner:innen reine Symbolpolitik vor.

In der politischen Kommunikation setzt Joe Biden viel auf Gesten und Symbolik. Dies lässt sich nicht abstreiten und ist per se auch nicht verwerflich. So wurde das Amt der Arbeitsministerin März 2023 der Juristin Julie Sue übertragen, einer Tochter chinesischer Einwander:innen und langwierige Kämpferin gegen Lohnraub. Sue vertrat in den 90er Jahren dutzende thailändische Arbeiter:innen. Diese waren illegal ins Land

gebracht worden, um für einen Hungerlohn in einem kalifornische Sweatshop zu arbeiten. Eine Persönlichkeit wie Julie Sue zur Arbeitsministerin zu machen ist natürlich ein mahnendes Signal an Unternehmen, die schon viel zu lange ausbeuterische Praktiken kultiviert haben.

Die Frage nach dem Sein und Schein von Bidens Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik ist berechtigt. Um sie genauer zu erörtern, ist jedoch ein Blick auf jüngste gesellschaftspolitische Entwicklungen nötig.

### Streiks im Trend

Die Krisen der vergangenen Jahre, von der Pandemie bis zur Inflation, trugen wesentlich zur Entstehung und Mobilisierung einer neuen Arbeiter:innenbewegung bei. Die eklatanten ökonomischen Missstände – der seit Jahrzehnten nicht angehobene Mindeststundenlohn (auf Bundesebene beträgt er immer noch 7,25 USD), die hohe Haushaltsverschuldung wegen teurer Gesundheitsversorgung, Bildung u.v.m. – haben aber vorher schon eine gesellschaftliche Zuspitzung vorangetrieben.

Über 450.000 Arbeitnehmer:innen nahmen 2023 aktiv an einem Streik teil.<sup>2</sup> In unterschiedlichsten Branchen und Industrien wurde für bessere Gehälter, neue Tarifverträge und sichere Arbeitsbedingungen gekämpft. Ob Krankenpfleger:innen, Drehbuchautor:innen oder die Kolleg:innen, die in den Werken der großen Automobilherstel-

**Über 300 Streiks zählte das Jahr 2023. Größere mediale Aufmerksamkeit bekam der Streik der Drehbuchautor:innen in Hollywood, der die Traumfabrik praktisch lahmlegte.**

ler General Motors, Ford und Stellantis tätig sind. Diese Entwicklung zeigt sehr deutlich: Wo Arbeitskämpfe erfolgreich geführt werden, inspirieren sie viele weitere. Dabei beträgt der Anteil von Arbeitnehmer:innen, die Gewerkschaftsmitglied sind, gerade einmal zehn Prozent (Stand:2022).<sup>3</sup> Wenig verwunderlich, dass sich die großen Auseinandersetzungen der letzten Jahre bei Konzernen wie Amazon oder Starbucks stark um das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung drehten. Um wirksam zu sein, ist der Aufbau einer gewissen Organisationsmacht notwendig. Aus dem kollektiven Zusammenschluss ergibt sich die Möglichkeit, Kräfte zu bündeln, Infrastruktur aufzubauen und materielle wie personelle Ressourcen, die für den Arbeitskampf nötig sind, zur Verfügung zu stellen. Dies hatten auch Stripperinnen im kalifornischen Star Garden Club im Sinne, als sie im Mai 2023 nach langen Auseinandersetzungen endlich erstmals eine Gewerkschaft gründen konnten.<sup>4</sup> Unterstützt wurden sie dabei von der **Actor Equity Association**, deren Präsidentin, Kate Shindle, das so kommentierte: „Jeder arbeitende Mensch, der eine Gewerkschaft will, verdient eine Gewerkschaft. Die Star Garden-Tänzerinnen waren während dieses langen Prozesses absolute Kämpferinnen und ich bin begeistert, dass wir die Anerkennung ihrer Rechte auf Sicherheit und Demokratie am Arbeitsplatz erhalten haben sowie einen Platz am Verhandlungstisch.“<sup>5</sup>

Über dreihundert Streiks zählte das Jahr 2023. Größere mediale Aufmerksamkeit bekam der Streik der Drehbuchautor:innen in Hollywood, der die Traumfabrik praktisch lahmlegte und nach 150 Tagen eine Einigung mit den großen Filmstudios erzielte. Die Writers Guild of America (kurz WGA) vertritt rund 11.000 Autor:innen in der Film- und Fernsehindustrie.<sup>6</sup> Mit ihrem Pro-

test waren sie nicht alleine. Auch die Schauspieler:innen-Gewerkschaft SAG-AFTRA streikte zeitgleich im Sommer für bessere Löhne, Sicherheitsstandard am Arbeitsplatz und vieles mehr in einer Industrie, die durch Streamingdienste und Künstliche Intelligenz zusehends in Bedrängnis gerät.

Doch damit nicht genug, denn während in Hollywood langsam Ruhe einkehrte, kündigte im Herbst das Gesundheitspersonal beim Unternehmen Kaiser Permanente Protestmaßnahmen an. 75.000 Pfleger:innen, Therapeut:innen, Techniker:innen und viele mehr traten drei Tage lang in den Streik. Der Erfolg blieb nicht aus. Nach einmonatigen Verhandlungen wurde beschlossen, die Löhne um 21 Prozent zu erhöhen, allerdings in einem Zeitraum von vier Jahren.<sup>7</sup> Weiters soll in die Fortbildung der Beschäftigten investiert werden.

### Die Macht einer Gewerkschaft

Lange Zeit schien die US-Gewerkschaftsbewegung in eine Lethargie verfallen zu sein, gebändigt von Ronald Reagan, der als Präsident ab 1981 dem Land eine harte neoliberale Doktrin auferlegte. Arbeiterlieder wie „**There is power in a union**“, geschrieben vom Liedermacher und Wanderarbeiter Joe Hill<sup>8</sup>, erinnern an andere Zeiten und Traditionen. Die Gewerkschaften schöpften jedoch ab den 1980er Jahren dieses Machtpotenzial immer weniger aus. Stattdessen war ihr Agieren von Konfliktscheue geprägt. Verhandelt wurde in Hinterzimmern, und Streiks waren als Druckmittel kaum mehr denkbar. Wenig verwunderlich kam es allmählich zu einem Mitgliederschwund. Nun schlägt das Pendel jedoch wieder in die andere Richtung. Selbst die pragmatischen Teamsters setzten 2023 in ihrem Disput mit UPS auf Streik. Wobei es in diesem Falle nur bei der Drohung blieb: UPS lenkte ein und

erfüllte die Mehrheit der Forderungen wie z.B. höhere Gehälter für Teilzeitkräfte, ehe es überhaupt zu den Kampfmaßnahmen kam.<sup>9</sup> Die Teamsters (auch: International Brotherhood of Teamsters) sind die größte Einzelgewerkschaft in den USA und vertreten 1,4 Millionen Kolleg:innen. Davon sind etwa 340.000 als Transportarbeiter:innen bei UPS beschäftigt.

**Biden sieht in der Gewerkschaftsbewegung eine Partnerin, um die Mittelschicht wirtschaftlich wieder zu stabilisieren. Aktionismus ist dabei sehr willkommen, Radikalität weniger.**

Im angloamerikanischen Kontext wird in der Regel zwischen dem gemäßigten **business unionism** und dem klassenkämpferischen **social unionism** unterschieden. Ersterer stellte lange Zeit den dominanten Gewerkschaftstypus. Letzterer ist immer noch nicht stark verbreitet, erlebt aber einen Aufschwung, wie ganz allgemein progressive Stimmen in der politischen Landschaft. Im Großen und Ganzen dürfte aber aktuell eher ein **liberal unionism**, der sich als Mittelweg präsentiert, an Bedeutung gewinnen.<sup>10</sup> Grund dafür ist der Rückhalt seitens der Biden-Administration. Diese sieht in der Gewerkschaftsbewegung eine Partnerin, um die Mittelschicht wirtschaftlich wieder zu stabilisieren. Aktionismus ist dabei sehr willkommen, Radikalität weniger. Die Demokratische Partei steht bekanntlich mehr für Ausgleich und moderate Veränderung als für eine Umwälzung der bestehenden Verhältnisse. Mit dem sogenannten PRO-Act präsentierte sie einen Gesetzesentwurf, der die gewerkschaftliche Organisation schützen und erleichtern soll und sich insgesamt stark für engagierte Arbeitnehmer:innenvertretungen einsetzt.<sup>11</sup> Das Gesetz scheiterte bisher am Widerstand der Republikanischen Partei. Die Demokrat:innen haben den Kampf jedoch noch nicht aufgegeben. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass Biden im Wahlkampf 2024 mit dem Gesetzesvorschlag kampagnisieren wird.

Auf institutioneller Ebene ist die „pro“-Haltung der Demokratischen Partei zu gewerkschaftlichen Engagements schwer zu widerlegen. In realen Auseinandersetzungen sieht die Sache wie so oft ambivalenter aus. So intervenierten die Biden-Administration und der Kongress Ende letzten Jahres in einen Disput von Güterbahnarbeiter:innen mit ihren Arbeitgeber:innen. Als gedroht wurde, die vier großen Güterbahnen des Landes stillzulegen, wurde von der Politik eine Einigung erzwungen. Die Demokrat:innen rechtfertigten ihr Vorgehen damit, dass sie einen großen Schaden für die US-Wirtschaft verhindern mussten. Ein wesentlicher Streitpunkt zwischen Gewerkschaft und Bahnunternehmen war die Anzahl bezahlter Krankenstände. In der Einigung wurde dies zum Missfallen der Arbeitnehmer:innen ausgeklammert. Viele betrachteten die Einigung als Niederlage, trotz zugesprochener Gehaltserhöhungen von 14 Prozent.<sup>12</sup>

### Wachsende Popularität und Glaubwürdigkeit

Auch die öffentliche Meinung bestärkt einen konfrontativeren Kurs in Auseinandersetzungen zwischen Unternehmen und Lohnabhängigen. Laut einer Umfrage des Gallup-Instituts vom August 2023 unterstützten 72 Prozent der Befragten den Streik der Drehbuchautor:innen und immer noch 67 Prozent jenen von Schauspieler:innen der TV- und Filmbranche.<sup>13</sup> Dabei waren die Studiobosse bemüht, letzteren als elitären Hollywood-Protest reicher Promis zu diffamieren. Mit der Realität hat dies freilich wenig zu tun. Laut US-Büro für Arbeitsstatistik beträgt der durchschnittliche Stundenlohn von Schauspieler:innen 27,73 USD.<sup>14</sup> Zu bedenken ist, dass die Aufträge nicht regelmäßig kommen und es sich hier nicht um einen klassischen 9-to-5 Job handelt. SAG-AFTRA hat geschätzte 160.000

Mitglieder, doch nur sieben Prozent verdienen über 80.000 USD im Jahr.<sup>15</sup> Sehr viele Schauspieler:innen können sich nicht einmal eine Gesundheitsversicherung leisten.

**Die Ausgangsposition könnte keine bessere sein. Die Arbeitslosigkeit ist relativ niedrig. Von 4,6 Prozent im Oktober 2021 hat sie sich derzeit auf 3,9 Prozent eingependelt.**

So unterschiedlich die Branchen auch sein mögen, die allgemeine Unterstützung für die Anliegen von Arbeitnehmer:innen ist in den USA sehr hoch. Ebenso die Zustimmung für Gewerkschaften. Das Bewusstsein dafür, dass eine gewerkschaftliche Interessensvertretung immens wichtig ist, nimmt zu. Gemäß der zuvor schon zitierten Gallup-Umfrage schätzen 61 Prozent der Befragten die Rolle von Gewerkschaften als positiv ein – nicht nur für Lohnabhängige. Geht es ihnen gut, geht es der gesamten Wirtschaft gut, lautet die Prämisse. Während ein Jahr nach der großen Rezession von 2008 nur ein Viertel der Befragten US-Bürger:innen die Meinung vertrat, dass Gewerkschaften mehr Einfluss haben sollten, sind es heute 43 Prozent.<sup>16</sup> Eine Imagepolitik, die sich durchaus sehen lassen kann. Im Grunde genommen zeigt sich darin, dass die Arbeiter:innenbewegung wieder als gesellschaftlich relevanter Faktor betrachtet wird. Sie hat die öffentliche Meinung, teilweise auch die „veröffentlichte“ Meinung in Form der Medienberichterstattung auf ihrer Seite. Eine neue Generation von Arbeitsjournalist:innen mischt die Branche aktuell auf. Aus einer Medienlogik heraus wurde das Thema „Arbeit“ nicht gerade als besonders emotionalisierend empfunden. Damit sei es ungeeignet, für mehr Reichweite und Klicks zu sorgen. Das hat sich mittlerweile geändert, denn das Interesse von Leser:innen an diesen neuen Auseinandersetzungen ist groß. Es ist mittlerweile nicht mehr ungewöhnlich, dass Medienhäuser auch Reporter:innen mit Schwerpunkt auf Arbeit und Gewerkschaftspolitik beschäftigen.<sup>17</sup> Diese Tendenz ist mitunter einer jüngeren

Generation von Journalist:innen zu verdanken. Weil sie sich (in der Medienbranche durchaus verbreitet) in prekären Arbeitsverhältnissen befinden, sind sie für soziale Problematiken stärker sensibilisiert. Die größte Unterstützung für Gewerkschaften soll heute von der sogenannten Gen Z (geb. ab 1997) ausgehen.<sup>18</sup> Diese neue Diskursmacht von Arbeitnehmer:innenorganisationen gründet einerseits auf einen neuen engagierteren Journalismus und andererseits auf sozio-ökonomischen Gegebenheiten und gesellschaftlichen Stimmungslagen in den USA.

#### **Bidenomics: Von unten nach oben**

Die Ausgangsposition könnte keine bessere sein. Die Arbeitslosigkeit ist relativ niedrig. Von 4,6 Prozent im Oktober 2021 hat sie sich derzeit auf 3,9 Prozent eingependelt.<sup>19</sup> Zu bedenken ist hierbei, dass nach Ausbruch der Covid 19-Pandemie im Jahre 2020 die Arbeitslosenzahlen auf 13,3 Prozent angestiegen waren. Die große Krise ist jedoch vorerst überwunden. Jetzt ist es vor allem ein Arbeitskräftemangel, der Menschen die Möglichkeit bietet, für gute Löhne und Tarife zu verhandeln. Und dies wird bis zu einem gewissen Grad auch von der US-Regierung unterstützt. Laut einem jüngeren Bericht des US-Finanzministeriums erzeugen Gewerkschaften einen positiven Spillover-Effekt für die Gesamtwirtschaft und auch für nicht-organisierte Arbeitnehmer:innen – unter anderem weil sie eine Art Firewall gegen Stagnation von Gehältern oder gar Lohndumping bilden.<sup>20</sup> Darüber hinaus verdienen gewerkschaftlich Organisierte im Durchschnitt zehn bis fünfzehn Prozent mehr als unorganisierte Kolleg:innen und haben einen einfacheren Zugang zur medizinischen Grundversorgung sowie höhere Pensionen. Der Bericht kommt zum Schluss, dass engagierte Gewerkschaften zu höhe-

### State of the Unions: Das Comeback der US-Gewerkschaften

**Im Großen und Ganzen stellen die Bidenomics tatsächlich eine Abkehr dar von den seit der Präsidentschaft Ronald Reagans dominanten neoliberalen Praktiken dar.**

rer Produktivität und Wirtschaftswachstum beitragen. Auftraggeber war übrigens die 2021 vom Weißen Haus ins Leben gerufene Pro Union-Taskforce. Ihr Ziel ist es, Arbeiter:innen und Angestellte zur Organisierung zu motivieren. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf benachteiligte Gruppen wie Afro- und Hispanoamerikaner:innen, die häufig im Niedriglohnsektor beschäftigt sind.

Das Schlagwort „Bidenomics“ wurde ursprünglich von Republikaner:innen in die Debatte eingebracht und war eher ironisch gemeint. Die Demokratische Partei hat es jedoch übernommen und für Bidens Wirtschaftspolitik positiv umgedeutet, die als ein großer Wurf präsentiert wird. Eine engere Zusammenarbeit mit Gewerkschaften ist nur ein Pfeiler davon, ebenso liegt das Augenmerk auf einer Reichensteuer und

massiven Investitionen in die Infrastruktur. In vielen Punkten steht dieser Ansatz in diametralem Widerspruch zu den sogenannten „Reaganomics“.<sup>21</sup> Letztere bezeichnen eine Doktrin, die eine radikale Deregulierung der Wirtschaft anstrebt. Zu ihren wesentlichen Kernelementen gehören Steuerkürzungen für Reiche sowie Beendigungen von Gewerkschaftsverträgen. Beispielsweise ließ Präsident Reagan unter anderem mit dem **Tax Reform Act of 1986** den Spitzensteuersatz für Bestverdienende von 50 auf 28 Prozent senken.<sup>22</sup> Größere Gewinne und Steuerbegünstigungen für Reiche sollten gemäß eines Trickle-Down-Effektes nach unten zur Mittelschicht und ärmeren Gruppen durchsickern. Eine These, die mittlerweile ruhig angezweifelt werden darf.<sup>23</sup> Auch Joe Bidens Wirtschaftsagenda setzt nicht mehr bei den Reichen an, sondern

### BESTELLEN!

Unter <https://wien.arbeiterkammer.at/Newsletter.html> können Sie den EU-Infobrief kostenlos bestellen.

## infobrief eu & international: EUROPA UND INTERNATIONALES IN KRITISCHER UND SOZIALER PERSPEKTIVE

Der Infobrief EU & Internationales erscheint 4x jährlich im digitalen Format und liefert eine kritische Analyse der Entwicklungen auf europäischer und internationaler Ebene. Die Zeitschrift der Abteilung EU & Internationales der AK-Wien fokussiert dabei Themen an der Schnittstelle von Politik, Recht und Ökonomie. Anspruch ist nicht nur die Prozesse in den europäischen Institutionen zu beschreiben, sondern auch Ansätze zur Überwindung des Neoliberalismus zu entwickeln. Kurze Artikel informieren in prägnanter Form über aktuelle Themen. Langbeiträge geben den Raum für grundlegende Analysen, Buchbesprechungen bieten eine kritische Übersicht einschlägiger Publikationen.



bei der Stärkung der Mittel- und unteren Schichten. Im Großen und Ganzen stellen die Bidenomics eine Abkehr von den seit der Präsidentschaft Ronald Reagans eingeführten neoliberalen Praktiken dar. In einem Punkt wird jedoch die Kontinuität gewahrt. Bis zum Ende der Präsidentschaft Reagans wurde das Militärbudget auf 300 Milliarden USD verdoppelt. Die Biden-Administration hat ihrerseits für das Fiskaljahr 2023 einen Verteidigungshaushalt in der Höhe von 858 Milliarden USD durchgesetzt.<sup>24</sup> Es ist nicht ausgeschlossen, dass das Budget 2024 noch höher ausfallen wird. Diese immensen Ausgaben werden von links bis rechts scharf kritisiert. Auch innerhalb der Bevölkerung gibt es großen Unmut über Unsummen an Militärhilfen für Verbündete wie die Ukraine, Israel oder Ägypten. Sollte Donald Trump wieder zur Wahl antreten, ist es sehr wahrscheinlich, dass er seine alte „Amerika zuerst!“-Parole wiederbelebt, um Protestwähler:innen zu mobilisieren – obgleich Trumps Militärbudget in Vergangenheit nicht wesentlich geringer ausfiel.

### Große Vorhaben, die nicht ganz überzeugen

Seit Joe Bidens Amtsantritt wurden aus der Privatwirtschaft Investitionszusagen in der Gesamthöhe von rund 500 Milliarden USD für den Produktionssektor (z.B. Herstellung von Halbleitern und E-Fahrzeugen) und Erneuerbare Energie angeregt.<sup>25</sup> Dies ist auf drei beschlossene Bundesgesetze, die jeweils riesige Hilfspakete inkludieren, zurückzuführen: dem **Infrastructure Investment and Jobs Act**, dem **Inflation Reduction Act** und dem **CHIPS and Science Act**. Mit öffentlichen Investitionen sowie dem Ausbau öffentlicher Dienstleistungen will man die USA modernisieren und fit machen für die künftige Herausforderungen, etwa jene des Klimawandels. In der Um-

setzung seiner Wirtschaftsprojekte musste Biden viele Abstriche machen. Nicht nur die Republikanische Partei leistet erbitterte Opposition, auch in den eigenen Reihen durchkreuzen politisch konservativere Kolleg:innen immer wieder die Pläne des Präsidenten.

Insgesamt sind die Bidenomics durchaus erfolgreich. Das BIP ist heuer im dritten Quartal um 4,9 Prozent gewachsen. Eine Entwicklung, die dem Amtsinhaber bei den kommenden Präsidentschaftswahlen den Sieg sichern soll. Doch sicher ist momentan gar nichts. Auf dem Papier lesen sich die Zahlen zwar gut. Sie bleiben aber abstrakt. Zu verbesserten Lebensrealitäten vieler Bürger:innen haben sie noch nicht geführt. Und deren Unmut schlägt sich aktuell in den Umfragewerten nieder. Insbesondere in wichtigen Swing States, also Staaten, in denen es keine klare Tendenz für einen demokratischen oder einen republikanischen Kandidaten gibt, nimmt die Popularität Donald Trumps wieder zu. Eine Befragung der New York Times ergab, dass 59 Prozent der Wahlberechtigten in sechs wichtigen Swing States mehr Vertrauen in die Wirtschaftskompetenz Trumps haben.<sup>26</sup> Solange die Erfolge der Bidenomics nicht bei der Bevölkerung angekommen sind, wird es schwierig für die Demokrat:innen. Die Inflation ist zwar gesunken, doch Lebensmittelerhaltungskosten sind immer noch viel höher als noch vor zwei Jahren. So robust sich die Gesamtwirtschaft auch präsentiert, sie kann nicht über die bittere Realität hinwegtäuschen: 64 Prozent aller US-Haushalte leben von einem Gehaltsscheck zum nächsten. Diese Problematik wird selbstverständlich seitens der Republikaner:innen instrumentalisiert. Ex-Vizepräsident Mike Pence kritisierte dies unlängst: „Bidenomics hat versagt. Die Gehälter kommen der Inflation nicht nach.“

**Auf dem Papier lesen sich die Zahlen zwar gut, sie bleiben aber abstrakt. Denn in einer verbesserten Lebensrealität haben sie sich für viele Bürger:innen noch nicht niedergeschlagen.**

## State of the Unions: Das Comeback der US-Gewerkschaften

Und dennoch: für US-Verhältnisse ist Joe Bidens Wirtschaftspolitik ambitioniert und schlägt in vielen Punkten neue Wege ein. Die Aufwertung von Gewerkschaften als Verbündete ist durchaus bemerkenswert. Dadurch erhalten neue Arbeitskämpfe Rückenwind und Legitimation. Die demokratische Regierung mag vorerst zu wenig geliefert haben. Sie ermöglichte aber eine leichte Veränderung der Rahmenbedingungen, die

es nun Arbeitnehmer:innen eine Spur einfacher machen, sich selbst für eine Verbesserung ihrer Situation einzusetzen. Strebt Biden 2024 seine Wiederwahl an, muss er den eingeschlagenen Weg konsequenter weitergehen.

**Tyma Kraitt** ist Autorin und Erwachsenenbildnerin mit Schwerpunkt auf Außenpolitik. Sie studierte Philosophie an der Universität Wien und ist aktuell Mitarbeiterin der Nationalratsabgeordneten Muna Duzdar (SPÖ).  
tkraitt@yahoo.de

- 
- 1 Siehe: <https://edition.cnn.com/2023/09/30/business/us-labor-unions-strike-surge/index.html> (26.11.2023).
  - 2 Siehe: [www.cnn.com/2023/10/09/from-uaw-to-wga-heres-why-so-many-workers-are-on-strike-this-year.html](http://www.cnn.com/2023/10/09/from-uaw-to-wga-heres-why-so-many-workers-are-on-strike-this-year.html) (24.11.2023).
  - 3 Siehe: Union Members – 2022, Bureau of Labor Statistics, <https://www.bls.gov/news.release/pdf/union2.pdf> (24.11.2023).
  - 4 Siehe: [www.nytimes.com/2023/05/16/business/strippers-union-labor.html](http://www.nytimes.com/2023/05/16/business/strippers-union-labor.html) (26.11.2023).
  - 5 Ebd.
  - 6 Siehe: [www.cnn.com/2023/10/09/from-uaw-to-wga-heres-why-so-many-workers-are-on-strike-this-year.html](http://www.cnn.com/2023/10/09/from-uaw-to-wga-heres-why-so-many-workers-are-on-strike-this-year.html) (25.11.2023).
  - 7 Ebd.
  - 8 Anm. Hill war zudem Aktivist bei den Industrial Workers of the World (Wobblies).
  - 9 UPS Tentative Agreements 2023-2028, <https://teamster.org/ups-ta-2023-2028/> (23.11.2023).
  - 10 Siehe: <https://jacobin.com/2023/10/class-struggle-unionism-spirit-labor-movement-strike-exploitation> (23.11.2023).
  - 11 Siehe: <https://nymag.com/intelligencer/2021/03/what-is-the-pro-act.html> (25.11.2023).
  - 12 Siehe: <https://edition.cnn.com/2023/09/30/business/us-labor-unions-strike-surge/index.html> (26.11.2023).
  - 13 Siehe: <https://news.gallup.com/poll/510281/unions-strengthening.aspx> (26.11.2023).
  - 14 Occupational Employment and Wage Statistics (Actors), Bureau of Labor Statistics, <https://tinyurl.com/4sejj3px> (26.11.2023)
  - 15 Siehe: [www.rollingstone.com/tv-movies/tv-movie-features/actors-strike-hollywood-sag-aftra-living-wage-healthcare-struggle-1234798347/](http://www.rollingstone.com/tv-movies/tv-movie-features/actors-strike-hollywood-sag-aftra-living-wage-healthcare-struggle-1234798347/) (23.11.2023)
  - 16 Siehe: <https://news.gallup.com/poll/510281/unions-strengthening.aspx> (26.11.2023).
  - 17 Siehe: [www.nytimes.com/2021/11/07/business/media/labor-unions-media-coverage.html](http://www.nytimes.com/2021/11/07/business/media/labor-unions-media-coverage.html) (25.11.2023).
  - 18 Siehe: [www.teenvogue.com/story/gen-z-most-pro-union](http://www.teenvogue.com/story/gen-z-most-pro-union) (25.11.2023).
  - 19 Siehe: [www.statista.com/statistics/273909/seasonally-adjusted-monthly-unemployment-rate-in-the-us/](http://www.statista.com/statistics/273909/seasonally-adjusted-monthly-unemployment-rate-in-the-us/) (26.11.2023).
  - 20 Siehe: <https://edition.cnn.com/2023/08/28/politics/biden-administration-labor-report/index.html> (26.11.2023).
  - 21 Siehe: [www.investopedia.com/bidenomics-8363974](http://www.investopedia.com/bidenomics-8363974) (26.11.2023).
  - 22 Siehe: [www.britannica.com/topic/Tax-Reform-Act](http://www.britannica.com/topic/Tax-Reform-Act) (26.11.2023).
  - 23 Hope/Limberg: The economic consequences of major tax cuts for the rich, <https://academic.oup.com/ser/article/20/2/539/6500315> (25.11.2023).
  - 24 Siehe: <https://www.sn.at/politik/weltpolitik/us-kongress-verstaendigt-sich-auf-verteidigungshaushalt-130865551> (26.11.2023).
  - 25 Siehe: <https://thehill.com/policy/energy-environment/4082561-biden-to-tout-500-billion-invested-in-manufacturing-and-clean-energy-during-his-presidency/> (26.11.2023).
  - 26 Siehe: [www.nytimes.com/2023/11/16/opinion/why-voters-arent-buying-bidens-boasts-about-bidenomics.html](http://www.nytimes.com/2023/11/16/opinion/why-voters-arent-buying-bidens-boasts-about-bidenomics.html) (26.11.2023).

## ESKALATION DER GEWALT IM NAHEN OSTEN DER KONFLIKT KANN NUR POLITISCH GELÖST WERDEN

Von  
Norbert Templ

Die Verbrechen der Hamas-Terroristen in Israel sind bestialisch, grauenhaft und mit nichts zu rechtfertigen. Sie zeigen aber auch: der Status quo ist nicht haltbar. Es braucht endlich eine umfassende Friedenslösung, die von den gemäßigten Kräften in Israel und Palästina unterstützt wird. Die Konturen dieser Friedenslösung sind bekannt. Ihre Umsetzung darf nicht länger hinausgezögert werden. Ein Kommentar.

Der Nahostkonflikt ist militärisch nicht zu lösen. Der israelische Ex-Geheimdienstchef Ami Ajalon<sup>1</sup> stellte kürzlich klar: „Die Hamas ist nicht nur eine militärische Kraft, sondern auch eine Ideologie. Um eine Ideologie zu besiegen, muss man mit stärkeren Ideen kontern. Wenn wir den Palästinensern nicht eine bessere Zukunft bieten, einen politischen Horizont, der ein Ende der israelischen militärischen Besatzung ihrer Gebiete mit einem palästinensischen Staat beinhaltet, werden wir die Hamas niemals besiegen. In fünf oder zehn Jahren wird sie wieder aufgerüstet haben“.

**Die Konturen einer Friedenslösung sind seit Jahrzehnten bekannt.**

Diesen politischen Horizont gibt es, er muss nicht neu erfunden werden. Die Konturen einer Friedenslösung sind seit Jahrzehnten bekannt: Anerkennung Israels in den Grenzen von 1967, Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates (Westbank, Gazastreifen) mit Ostjerusalem als Hauptstadt, eine gerechte Lösung der Flüchtlingsfrage.

In seinen Schlussfolgerungen vom 26./27. Oktober 2023 bekannte sich der Europäische Rat<sup>2</sup> erneut zur Zweistaatenlösung und sprach sich für die baldige Ausrichtung einer internationalen Friedenskonferenz aus.

Allerdings: Es gibt wohl keinen Konflikt, für dessen Lösung sich in den letzten Jahrzehnten mehr Politiker:innen erfolglos eingesetzt

haben als für den Nahost-Konflikt. Der 1993 so hoffnungsvoll begonnene Osloer-Friedensprozess<sup>3</sup> ist nach 30 Jahren endgültig zum Erliegen gekommen. Es braucht einen Neustart der Verhandlungen auf Basis von zwei Friedensinitiativen, die aus meiner Sicht die verbleibenden Hoffnungsträger für die Region sind: Die „Arabische Friedensinitiative“<sup>4</sup> vom März 2002 und das 2003 von Vertreter:innen der israelischen und palästinensischen Zivilgesellschaft (unter ihnen auch ehemalige Minister:innen) vorgelegte „Genfer Abkommen“<sup>5</sup>.

Die von der Arabischen Liga beschlossene Friedensinitiative wurde 2007 erneut bestätigt. Die Initiative sieht die volle Anerkennung Israels durch alle arabischen Länder sowie die völlige Normalisierung der Beziehungen vor – im Austausch für den Rückzug Israels auf die Grenzen von 1967, die Errichtung eines palästinensischen Staates in der Westbank und im Gazastreifen mit Ost-Jerusalem als seiner Hauptstadt sowie einer gerechten Lösung des Flüchtlingsproblems. Das Genfer Abkommen regelt viele Bereiche im Detail und bietet Lösungen auch für höchst umstrittene Bereiche: So wird Israel zugestanden, 2,5% des Westjordanlandes zu annektieren, um die größten israelischen Siedlungen im Großraum Jerusalem anzubinden. Zum Ausgleich dazu soll Israel ein gleich großes Territorium zur Verbreiterung des Gaza-Streifens abtreten. Der

## Eskalation der Gewalt im Nahen Osten: Der Konflikt kann nur politisch gelöst werden

**Der Status Quo ist nicht haltbar – allein schon aus demographischen Gründen und mit Blick auf die Klimakrise.**

Staat Palästina soll entmilitarisiert, seine Hauptstadt Ostjerusalem sein. Eine internationale Schutztruppe soll den freien Zugang der Gläubigen zu den religiösen Stätten gewährleisten. Israel verpflichtet sich, alle Siedler aus dem Gaza-Streifen (bereits geschehen aufgrund von Sharons Entflechtungsplan) und Westjordanland nach Israel zurückzuführen. Israelische Behörden werden darüber entscheiden, ob palästinensische Flüchtlinge im Rahmen der Familienzusammenführung nach Israel zurückkehren können.

Das Genfer Abkommen wurde von der israelischen Politik<sup>6</sup> offiziell nie anerkannt, aber Anfang Oktober 2008 hat der damaligen Ministerpräsident Eduard Olmert<sup>7</sup> kurz vor seinem Rücktritt mit Aussagen aufgehört lassen, die dem Genfer-Abkommen entnommen sein könnten: „Wir müssen mit den Palästinensern ein Abkommen schließen, das einen Rückzug aus fast allen, wenn nicht aus allen [besetzten] Gebieten vorsieht. Ein gewisser Prozentsatz dieser Gebiete würde in unseren Händen bleiben, aber wir müssen den Palästinensern den gleichen Prozentsatz [an anderen Orten] geben – ohne dies wird es keinen Frieden geben“. Auch auf palästinensischer Seite wurde das Abkommen nicht ausdrücklich unterstützt und reiht sich damit in eine der vielen verpassten Möglichkeiten für eine umfassende Friedenslösung ein.

Was bleibt ist die Hoffnung, dass jetzt ein neues Momentum für eine Friedenslösung auf Basis dieser beiden Initiativen entsteht, wobei vieles von der Position der USA abhängt. Der Status Quo ist nicht haltbar – allein schon aus demographischen Gründen und mit Blick auf die Klimakrise nicht. Die Gesamtbevölkerung<sup>8</sup> von Israel wird bis 2050 von heute über 9 Mio. Menschen auf 13 Millionen anwachsen, die Gesamtbevöl-

kerung<sup>9</sup> von Palästina (Westjordanland, inkl. Ost-Jerusalem und Gazastreifen) von derzeit über 5 Mio. auf fast 9 Mio. Menschen. Das heißt: Auf einem Gesamtgebiet von ca. 27.000 km<sup>2</sup> (etwas mehr als Kärnten und Niederösterreich zusammen) werden 2050 voraussichtlich 22 Mio. Menschen leben. Sie werden in einer Region leben, die jetzt schon massiv von der Klimakrise<sup>10</sup> betroffen ist und in einigen Jahrzehnten zum Teil unbewohnbar sein könnte.

### Die zentrale Rolle der USA

2011 haben hochrangige US-Spitzenbeamte (unter ihnen Zbigniew Brzezinski und Paul Volcker) in einem Brief<sup>11</sup> an den damaligen US-Präsidenten Barack Obama den Rahmen für eine Lösung abgesteckt, die sich an den oben angeführten Friedensinitiativen orientiert. Im Brief wird festgehalten, dass es die „israelische Besatzung“ ist, „die unaufhaltsame Ausweitung der Siedlungen, die Enteignung des palästinensischen Volkes im Westjordanland und in Ostjerusalem und die humanitäre Katastrophe, die durch die Blockade des Gazastreifens verursacht wird“, die Israel zur „Zielscheibe internationaler Wut und Verurteilung“ macht. Das war 2011 und Israel hat in den Jahren seither keine Schritte gesetzt, diese Wut einzudämmen. Im Gegenteil – es folgten weitere Gaza-Kriege und eine massive Ausweitung der Siedlertätigkeit im Westjordanland. Ich behaupte nicht, dass die Schuld nur bei der israelischen Politik liegt. Auf beiden Seiten haben extremistische Kräfte die Oberhand gewonnen, in Israel sitzen sie heute in der Regierung.

Bis auf den letzten Punkt, der sich für eine Aussöhnung von Fatah und Hamas ausspricht, bleibt der im Brief angeführte Verhandlungsrahmen aktuell und sollte zur Leitlinie der US-Politik werden:

**USA müssen aktiv auf eine umfassende Friedenslösung drängen.**

## Eskalation der Gewalt im Nahen Osten: Der Konflikt kann nur politisch gelöst werden

### Jede Lösung muss israelische Sicherheitsbedürfnisse respektieren.

1. Die USA werden sich jedem Versuch widersetzen, die Legitimität des Staates Israel innerhalb international anerkannter Grenzen in Frage zu stellen oder zu untergraben.
2. Die USA werden sich für die Errichtung eines souveränen und lebensfähigen palästinensischen Staates auf der Grundlage der Grenzen von 1967 einsetzen, vorbehaltlich eines vereinbarten, geringfügigen und gleichen Landtauschs, um die an die ehemalige Grüne Linie angrenzenden Gebiete zu berücksichtigen, die stark von Israelis besiedelt sind. Einseitige Änderungen der Grenzen von 1967 werden von den USA nicht anerkannt oder legitimiert.
3. Die USA werden eine Lösung des Flüchtlingsproblems unterstützen, die mit dem Prinzip „zwei Staaten für zwei Völker“ vereinbar ist und das Gefühl der Ungerechtigkeit der palästinensischen Flüchtlinge anspricht, indem sie ihnen sinnvolle Möglichkeiten zur Neuansiedlung und finanziellen Entschädigung bietet. Vorschläge, die das Prinzip von zwei Staaten für zwei Völker untergraben – wie etwa Vorschläge für eine unbegrenzte Einreise palästinensischer Flüchtlinge in den Staat Israel – werden von den USA abgelehnt werden.
4. Die USA sind der Meinung, dass beide Staaten starke Sicherheitsgarantien genießen müssen. In diesem Zusammenhang werden die USA die Errichtung eines nicht-militarisierten palästinensischen Staates zusammen mit Sicherheitsmechanismen unterstützen, die legitime israelische Anliegen berücksichtigen und gleichzeitig die palästinensische Souveränität respektieren. Die USA werden die Präsenz einer von den USA geführten multinationalen Truppe unterstützen, um die Sicherheitsvorkehrungen und Grenzübergänge zu überwachen.
5. Die USA sind der Meinung, dass Jerusalem die Heimat der Hauptstädte beider Staaten sein sollte, wobei die jüdischen Viertel unter israelischer Souveränität und die arabischen Viertel unter palästinensischer Souveränität stehen sollten. Zwischen den Parteien sollten Vereinbarungen über die Altstadt getroffen werden, die vorsehen, dass jede Seite ihre heiligen Stätten kontrolliert und jeder Gemeinde ungehinderten Zugang zu ihnen gewährt.
6. Die USA werden die Aussöhnung von Fatah und Hamas unter Bedingungen fördern, die mit diesen Prinzipien und den Resolutionen 242 und 338 des UN-Sicherheitsrats vereinbar sind.

Die USA müssen Israel „motivieren“ (mit welchen Mittel auch immer), seine Politik radikal zu ändern und auf Basis des Genfer Abkommens und der arabischen Friedensinitiative eine umfassende Lösung des Nahostkonflikts aktiv angehen.

### Ein palästinensischer Staat mit eingeschränkter Souveränität

Ein eigener palästinensischer Staat ist unumgänglich, kann aber nicht über völlige Souveränität verfügen. Auch das Genfer Abkommen schreibt einen entmilitarisierten Staat vor, vielleicht vergleichbar mit Costa Rica, dessen Verfassung seit 1949 ein stehendes Militär in Friedenszeiten verbietet. Daran sollte sich ein Staat Palästina orientieren.

Israel ist ein Land ohne strategische Tiefe<sup>12</sup>. Die schmalste Stelle zwischen Mittelmeer und der Grenze zum Westjordan-

## Eskalation der Gewalt im Nahen Osten: Der Konflikt kann nur politisch gelöst werden

### Gibt es einen „Nelson Mandela“ auf palästinensischer Seite?

land ist nur 15 Kilometern breit. Die größte West-Ost-Ausdehnung beträgt lediglich 135 Kilometer. Wer nie vor Ort war, kann die besondere Topographie des Raums nicht verstehen. Als ich 1986 erstmals Jerusalem besuchte und vom Skopusberg über das Land blickt, wurde mir erst bewusst, wie kleinräumig alles ist. Eine Rücksichtnahme auf israelische Sicherheitsbedürfnisse muss Teil eines jeden Abkommens sein.

### Mit wem soll Israel verhandeln?

Oft wird argumentiert, dass Israel gar keinen Verhandlungspartner auf palästinensischer Seite habe. Die Hamas kommt nicht in Frage, der amtierende Präsident Mahmud Abbas<sup>13</sup> regiert seit Jahren ohne politische Legitimation und hat in der Bevölke-

rung wenig Unterstützung. In einem israelischen Gefängnis sitzt seit über 20 Jahren ein Politiker und Führer der Fatah, dem das Potenzial eines „palästinensischen Nelson Mandelas“<sup>14</sup> zugesprochen wird und in der palästinensischen Bevölkerung nach wie vor hohe Wertschätzung genießt: Marwan Barghouti<sup>15</sup>. Desillusioniert vom gescheiterten Oslo-Prozess zählte er zu den Anführern der 2000 ausgebrochenen zweiten Intifada und wurde von einem israelischen Zivilgericht 2004 wegen fünffachen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilt. Ich weiß nicht, ob der Vergleich mit Nelson Mandela berechtigt ist, aber vielleicht hat Barghouti das Potenzial, in die Fußstapfen von Menachem Begin<sup>16</sup> zu treten, der als Anführer der zionistischen Irgun-Gruppe für den Anschlag auf das King-David-Hotel in Jerusalem 1946 – dem Sitz der britischen Kolonialverwaltung in Palästina – verantwortlich war, die 91 Menschen tötete. Trotz seiner terroristischen Vergangenheit wurde Menachem Begin als israelischer Ministerpräsident zu einem Wegbereiter des Friedens und unterzeichnete im März 1979 in Washington mit dem ägyptischen Präsidenten Anwar as-Sadat einen Friedensvertrag, der noch heute anhält. Barghouti will Frieden und Zusammenarbeit mit Israel, seine Botschaft<sup>17</sup> an Israel aus der Jahr 2002 ist auch heute noch aktuell: „Beenden Sie die Besatzung, erlauben Sie den Palästinensern, in Freiheit zu leben, und lassen Sie die unabhängigen und gleichberechtigten Nachbarn Israels und Palästinas über eine friedliche Zukunft mit engen wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen verhandeln“. Laut einer aktuellen Umfrage<sup>18</sup> würde Barghouti bei Wahlen sowohl im Westjordanland als auch im Gazastreifen mit großem Vorsprung gewinnen. Israel sollte ihm die Chance<sup>19</sup> geben, sich als Mann des Friedens zu erweisen.

Bevor die  
Argumente  
ausgehen.



A&W  
blog

[awblog.at](http://awblog.at)

## Eskalation der Gewalt im Nahen Osten: Der Konflikt kann nur politisch gelöst werden

### „Jerusalem-Charta“ – Eine neue Vision für den ganzen Nahen Osten

Das Momentum für eine Friedenslösung kann noch verstärkt werden, indem diese in eine Vision für den gesamten Nahen Osten eingebettet wird, die da lautet: Israel und Palästina werden gemeinsam mit allen dazu bereiten Staaten des Nahen Ostens eine „Jerusalem-Charta“ ausarbeiten. Ein Konvent aus Beauftragten der Regierungschefs, Abgeordneten der nationalen Parlamente und Vertreter:innen von Organisationen der Zivilgesellschaft wird zusammentreffen und innerhalb einer bestimmten Frist einen Entwurf vorlegen. Die „Jerusalem-Charta“ sollte folgendes umfassen, und dementsprechend wäre das Mandat für den Konvent zu definieren:

- die Schaffung eines Raums des Friedens und der Sicherheit nach dem Vorbild der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE);
- die Entwicklung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums nach dem Modell des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR), in dem die vier klassischen Freiheiten des EU-Binnenmarktes (freier Güter,- Dienst-

leistungs-, Kapital- und Personenverkehr) so weit wie möglich verwirklicht werden;

- die Ausarbeitung eines länderübergreifenden Grünen Deals für eine klimaneutrale Zukunft.

Ich habe bewusst den Namen „Jerusalem“ für die Charta gewählt, weil es gerade diese Stadt – seit Jahrtausenden trauriges Opfer des religiösen Fundamentalismus auf diesem Planeten – verdienen würde, nach all den Zerstörungen und Kriegen zu einem Synonym für eine neue Friedensordnung im Nahen Osten zu werden.

Wahrscheinlich werden viele diese Vision als unrealistisch oder blanken Unsinn bezeichnen. Galt diese Einschätzung nicht auch lange Zeit für den europäischen Integrationsprozess? Es brauchte die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges, um über allen Gräben hinweg die Hand zur Zusammenarbeit auszustrecken. Möge der 7. Oktober in diesem Sinne einen Wendepunkt markieren. Das wäre die größte Niederlage für alle Terroristen, Extremisten und Antisemiten.

**Norbert Templ**, AK Wien  
norbert.templ@akwien.at

- 1 Ami Ayalon, former military chief: 'A lot of people are going to die in Gaza: Israeli soldiers and many more Palestinians, but we have no other choice' | International | EL PAÍS English (elpais.com), abgerufen am 26.11.2023.
- 2 <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-14-2023-INIT/de/pdf>, abgerufen am 26.11.2023.
- 3 30 Jahre Oslo-Abkommen - Konrad-Adenauer-Stiftung (kas.de), abgerufen am 26.11.2023.
- 4 Bedeutung und Wandel der Arabischen Friedensinitiative | Nahost-Konflikt | bpb.de, abgerufen am 26.11.2023.
- 5 „Genfer Vereinbarung“ in einer deutschen Übersetzung, 5.12.2003 (Friedensratschlag) (ag-friedensforschung.de), abgerufen am 26.11.2023.
- 6 Ein „virtuelles Abkommen“ aus Genf | tagesschau.de-Archiv (wordpress.com), abgerufen am 26.11.2023.
- 7 'The Time Has Come to Say These Things' | Ehud Olmert | The New York Review of Books (nybooks.com), abgerufen am 26.11.2023.
- 8 Israel - Gesamtbevölkerung bis 2050 | Statista, abgerufen am 26.11.2023.
- 9 Palästina - Gesamtbevölkerung bis 2050 | Statista, abgerufen am 26.11.2023.
- 10 Naher Osten ist schon jetzt Klima-Hotspot - Region erwärmt sich doppelt so schnell wie der globale Durchschnitt - scinexx.de, abgerufen am 26.11.2023.
- 11 A Letter to President Obama | Lee H. Hamilton | The New York Review of Books (nybooks.com), abgerufen am 26.11.2023.
- 12 <https://jcpa.org/requirements-for-defensible-borders/>, abgerufen am 26.11.2023.
- 13 Mahmud Abbas: Der machtlose Präsident | ZEIT ONLINE, abgerufen am 26.11.2023.
- 14 Time to Free Palestine's Nelson Mandela - The American Prospect, abgerufen am 26.11.2023.
- 15 Profile: Marwan Barghouti - BBC News, abgerufen am 26.11.2023.
- 16 Der „Höhepunkt“ einer Terrorwelle - Archiv | Wiener Zeitung, abgerufen am 26.11.2023.
- 17 Want Security? End the Occupation - The Washington Post, abgerufen am 26.11.2023.
- 18 Marwan Barghouti's wife launches international campaign for his release | The Times of Israel, abgerufen am 26.11.2023.
- 19 Palästinas Nelson Mandela (uri-avner.de), abgerufen am 26.11.2023.

## DAS EU-LIEFERKETTENGESETZ WIN-WIN-SITUATION FÜR EUROPA UND DEN GLOBALEN SÜDEN

Von  
Johannes Jäger

Das EU-Lieferkettengesetz stärkt Menschenrechte und Umweltschutz entlang globaler Wertschöpfungsketten und nimmt Unternehmen in die Pflicht. Dies wird positive Wirkungen auf die Wirtschaft haben: Das gilt sowohl für Europa als auch für den Globalen Süden.

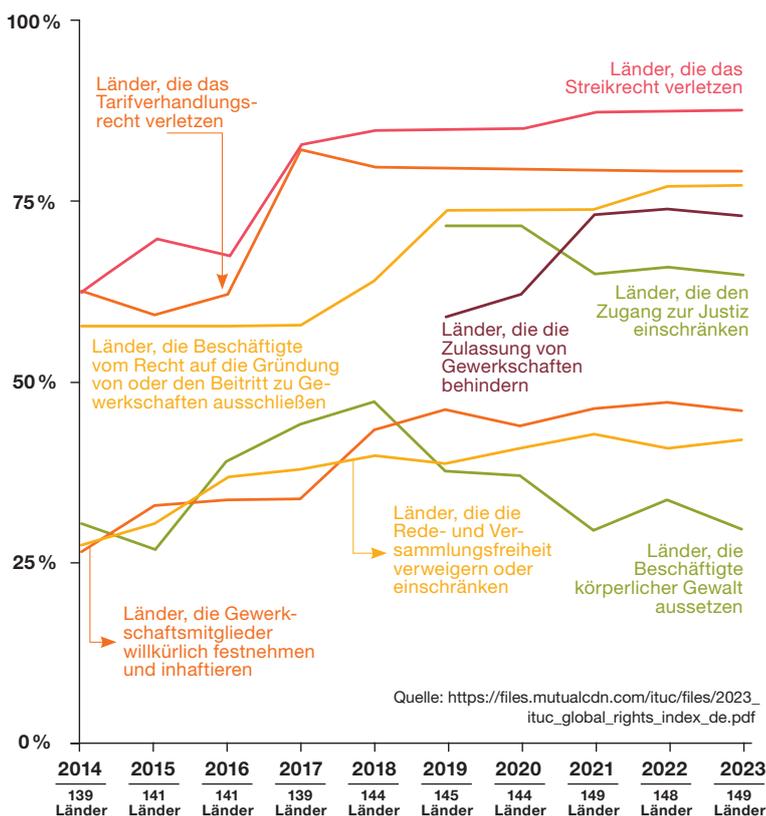
Libérale Märkte führen nicht automatisch zu besseren Arbeits- und Lebensbedingungen oder zu einer Stärkung der Menschenrechte. Vor dem Hintergrund anhaltender Menschenrechtsverletzungen im Rahmen der internationalen Wirtschaftsbeziehungen und traditionell schwacher Gewerkschaften in vielen Teilen des Globalen Südens werden immer wieder Rufe nach internationalen Sozial- und Umweltstandards laut.

Private Labels und freiwillige Verhaltenskodizes sind keine wirksame Antwort auf anhaltende Menschenrechtsverletzungen. Sie unterliegen einem hohen Wettbewerbsdruck, ermöglichen kein kollektives Handeln der Betroffenen und bieten keine ausreichenden Informationen. Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) veröffentlicht jährlich den Globalen Rechtsindex, der die Verletzungen grundlegender Arbeitnehmer:innenrechte weltweit dokumentiert. Die Ausgabe 2023 verzeichnet zum wiederholten Mal in Folge einen Anstieg an Rechtsverletzungen. Um eine Veränderung zu bewirken, braucht es daher verbindliche Regeln wie das EU-Lieferkettengesetz. Solche Regelungen schaffen, ähnliche wie universelle Tarifverhandlungen, „integrative“ Effekte für schwächere und weniger gut organisierte Arbeitnehmer:innen.

### Ein neuer Ansatz in der internationalen Wirtschaftspolitik

Die Zeit der liberalen Globalisierung kommt zu einem Ende. Die bislang häufig neutrale Haltung gegenüber Unternehmensstrategien und Investitionsströmen wird zum Teil durch spezifischere wirtschaftspolitische Strategien ersetzt. Um einseitige, interessengeleitete Politiken und protektionistische Tendenzen zu vermeiden, kann ein menschenrechtsbasierter Ansatz in der internationalen Wirtschaftspolitik als Grundlage herangezogen werden. Strenge

### Globaler Rechtsindex 2023: Verletzung von Arbeitnehmer:innenrechten



Vorschriften und wirksame Kontrollmechanismen sind dabei unerlässlich, um Menschenrechtsverletzungen zu vermeiden und eine integrative wirtschaftliche soziale Entwicklung zu fördern. Idealerweise sollten die bestehenden Probleme auf internationaler Ebene in Form von verbindlichen Standards gesichert werden. Das EU-Lieferkettengesetz bildet einen wichtigen Schritt in diese Richtung.

**Liberale Märkte führen nicht automatisch zu besseren Arbeits- und Lebensbedingungen oder zu einer Stärkung der Menschenrechte.**

### Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen

Das EU-Lieferkettengesetz verpflichtet künftig große europäische Unternehmen und Unternehmen aus Drittländern, die in den EU-Binnenmarkt exportieren, zur Einhaltung von Menschenrechts- und Umweltstandards. Auf diese Weise werden gleiche Wettbewerbsbedingungen geschaffen. In den weitaus meisten Fällen wird dies dazu führen, dass die Unternehmen die Standards einhalten, ihre Geschäftstätigkeit fortsetzen und Menschenrechtsverletzungen vermeiden. In manchen Fällen werden Unternehmen ihre Lieferketten anpassen und in Einzelfällen möglicherweise ihre Geschäftstätigkeit beenden. In den letztgenannten Fällen ist jedoch davon auszugehen, dass die Unternehmen durch effizientere ersetzt werden. Es handelt sich dabei um einen normalen Prozess und um ein Merkmal funktionierender Märkte. Die Arbeitskosten im Globalen Süden – und damit allfällige höhere Kosten für die Einhaltung von Standards – machen überdies nur einen minimalen Teil der Gesamtkosten in der Wertschöpfungskette aus. Aufgrund des EU-Lieferkettengesetzes können sich damit zwar höhere Kosten ergeben, es ist aber nicht zu erwarten, dass globale Wertschöpfungsketten sich insgesamt signifikant verändern werden. Außerdem besteht ein erheblicher Teil der Ausfuhren aus dem

Globalen Süden aus natürlichen Ressourcen, die nicht ohne weiteres ersetzt werden können. Vielmehr kann davon ausgegangen werden, dass das EU-Lieferkettengesetz einen Anreiz zu vorwärts-gerichteter Spezialisierung in Richtung innovativer und zukunftssträchtiger Produktionsstrategien bietet. Anstatt weiterhin auf Menschenrechtsverletzungen zu bauen, ist ein Anreiz zur Modernisierung der Unternehmensstrategien zu erwarten, was langfristig Wettbewerbsvorteile schaffen kann.

Die von Wirtschaftsverbänden vorgebrachten Bedenken, wonach Unternehmen sich aus Ländern des Globalen Südens zurückziehen könnten, müssen daher relativiert und in einen breiteren Kontext gestellt werden. Es reicht auch nicht aus, ausschließlich die Kosten für Unternehmen oder mögliche negative Auswirkungen zu betrachten, wenn es darum geht, die Auswirkungen des EU-Lieferkettengesetzes auf die Wirtschaft zu analysieren. Vielmehr müssen die potenziellen positiven wirtschaftlichen Auswirkungen und die zu erwartenden dynamischen Entwicklungen ebenso berücksichtigt werden.

### Integration von Wirtschaft und Menschenrechten

Im Rahmen der gängigen neoklassischen ökonomischen Analyse müssen Menschenrechtsverletzungen und die damit verbundenen negativen Auswirkungen als externe Effekte berücksichtigt werden. Die Missachtung von Menschenrechten und Umweltzerstörung durch Unternehmen hat erhebliche negative externe Effekte, vor allem im Globalen Süden. Die Achtung von Menschenrechten durch Unternehmen aufgrund des EU-Lieferkettengesetzes trägt wesentlich dazu bei, negative externe Effekte und andere Formen von Marktversagen zu redu-

**Die Achtung von Menschenrechten durch Unternehmen trägt wesentlich dazu bei, negative externe Effekte und andere Formen von Marktversagen zu reduzieren.**

zieren. Dadurch erhöht sich der wirtschaftliche Wohlstand. Eine integrative Analyse der Auswirkungen des EU-Lieferkettengesetzes auf die Wirtschaft muss daher erstens die positiven direkten Auswirkungen berücksichtigen und zweitens auch indirekte bzw. dynamische Auswirkungen einbeziehen. Die sich aufgrund des Lieferkettengesetzes verändernden institutionellen Dynamiken können analytisch vor dem Hintergrund der „Global Value Chains“-Perspektive und des „Power Resources“-Theorie eingeordnet werden. Auf Basis dieser Perspektiven ist davon auszugehen, dass das EU-Lieferkettengesetz zu sich verändernden Machtverhältnissen führt. Die Einhaltung der Menschenrechte – wie etwa der Vereinigungsfreiheit – stellen einen zentralen Wirkungsmechanismus dar. Arbeitnehmer:innen und Gewerkschaften im Globalen Süden werden damit systematisch gestärkt.

Insgesamt ist zu erwarten, dass Unternehmen das EU-Lieferkettengesetz in der Regel einhalten werden. Der Rückzug einzelner Unternehmen wird eine seltene Ausnahme bleiben und eine signifikante Veränderung der Wertschöpfungsketten ist nicht zu erwarten. Das EU-Lieferkettengesetz ist ein grundlegender Beitrag zur Stärkung der Menschenrechte und des Umweltschutzes. Nicht nur die Verringerung negativer externer Effekte und die Behebung von Marktversagen versprechen wichtige Wohlfahrtsgewinne. Darüber hinaus wird die systematische Stärkung von Arbeitnehmer:innen, Gewerkschaften und Umweltorganisationen dazu beitragen, dass sich die Arbeits- und Lebensbedingungen für viele Menschen im Globalen Süden künftig verbessern.

## Weiterlesen

**Johannes Jäger,  
Gonzalo Durán,  
Lukas Schmidt**

**Expected Economic Effects  
of the EU Corporate Sustainability  
Due Diligence Directive (CSDDD).**

Verlag Arbeiterkammer Wien, 2023.

### Download:

<https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/image/AC16942622/>



## Ausblick

Das EU-Lieferkettengesetz wird derzeit im Trilog zwischen Kommission, Rat und dem Europäischen Parlament verhandelt. Die Verabschiedung der Richtlinie vor den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2024 ist das Ziel. In ökonomischer Hinsicht ist es von entscheidender Bedeutung, dass ein wirksames EU-Lieferkettengesetz, das keine Lücken offenlässt und auch den Finanzsektor erfasst, umgesetzt wird. Damit kann sichergestellt werden, dass die in diesem Beitrag beschriebenen positiven wirtschaftlichen Auswirkungen eintreten.

**Johannes Jäger**, Fachbereichsleiter für Volkswirtschaftslehre an der FH des BFI Wien.  
johannes.jaeger@fh-vie.ac.at

# ALTE VERHALTENSMUSTER BEI DEN NEUEN PRIORITÄTEN DER EU-KOMMISSIONSPRÄSIDENTIN ZUNEHMENDE AUSRICHTUNG DER EU-KOMMISSION AUF UNTERNEHMENSINTERESSEN

Von  
Frank Ey

Zu Beginn ihrer Amtszeit machte EU-Kommissionspräsidentin Von der Leyen den Eindruck, dass nach Jahren einer auf wirtschaftspolitische Wünsche ausgerichteten EU-Gesetzgebung nun gesellschaftspolitische Themen eine stärkere Rolle spielen sollen. Tatsächlich wurden einige Gesetzesvorschläge im Umwelt-, Verbraucher:innenschutz- und Beschäftigtenbereich prioritär behandelt. Mit Ende der EU-Legislaturperiode zeigt sich aber, dass die EU-Kommission nun wieder auf ihre alte Verhaltensweise zurückfällt und vor allem Unternehmensinteressen Vorrang einräumt.

**Zu Beginn der Amtszeit von Kommissionspräsidentin Von der Leyen stand die Gesellschaftspolitik im Vordergrund, nun sind es jedoch Unternehmensinteressen.**

## Gesellschaftspolitik zu Beginn im Vordergrund

Unter dem Eindruck der rasch voranschreitenden ökologischen Krise und der Umsetzung des Klimaschutzübereinkommens von Paris<sup>1</sup> stand zu Beginn der EU-Legislaturperiode unter Führung von Ursula Von der Leyen ein zentrales gesellschaftspolitisch wichtiges Thema im Mittelpunkt: Die Bekämpfung der Klimakrise. Zahlreiche gesetzliche Maßnahmen wurden im Rahmen des sogenannten Grünen Deals auf den Weg gebracht, um die dringend nötige Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen und anderer Treibhausgase zu erreichen.

Auch den längst überfälligen Rechtsrahmen für den digitalen Sektor hat die Europäische Kommission vorgelegt.<sup>2</sup> Darin sind verbindliche Regeln insbesondere für große Digitalkonzerne enthalten, die einen besseren Schutz für Verbraucher:innen, sowie für kleinere Anbieter im Wirtschaftssektor bieten. Im Zentrum stehen dabei die Gesetze über digitale Dienstleistungen und dem digitalen Binnenmarkt.

Beschäftigungspolitisch ist beispielsweise die Richtlinie über die Arbeitsbedingungen von Plattformarbeiter:innen hervorzuheben,

die ein Ende der Narrenfreiheit von Plattformunternehmen im Internet bringen und den Beschäftigten der Branche grundlegende Rechte einräumen soll. Beim Arbeitnehmer:innenschutz sticht wiederum ein Richtlinienvorschlag zum besseren Schutz von Beschäftigten gegen Asbest hervor.<sup>3</sup>

## Unternehmensinteressen wieder im Zentrum

Als Teil ihrer Prioritäten formulierte Von der Leyen aber schon als nominierte Kommissionschefin Ende 2019, dass es eines ihrer Ziele ist, „gesetzliche Belastungen“ für Unternehmen und Menschen zu reduzieren. So sollte mit dem One In, One Out-Prinzip (OIOO) für jedes neue EU-Gesetz ein bestehendes gestrichen werden.<sup>4</sup> Flankiert wurde dieser Plan mit einer Fit for Future Plattform, die bestehende Gesetze vereinfachen soll. In einer von der Arbeiterkammer Wien in Auftrag gegebenen Studie wurde hingegen aber deutlich, dass ein rein an der Anzahl von Gesetzen formuliertes Ziel kontraproduktiv wäre und dass ein derartiges Prinzip den Nutzen von Rechtsnormen für die Gesellschaft außer Acht lässt.<sup>5</sup>

Zunächst traten diese Arbeiten der Europäischen Kommission für eine Reduktion

**Im Rahmen der Besseren Rechtsetzungsagenda werden gesellschaftspolitische Anliegen wie der Grüne Deal oder Arbeitnehmer:innen-schutzbestimmungen zu Verwaltungslasten herabgestuft.**

von „gesetzlichen Belastungen“ vergleichsweise in den Hintergrund. Dies ist auf eine Vielzahl an globalen Krisensituationen wie der COVID-Pandemie oder der Aggression Russlands gegen die Ukraine sowie andere vorrangige Ziele, wie den Grünen Deal oder auch Vorhaben im digitalen Sektor, zurückzuführen. In den letzten Monaten hat sich das jedoch merkbar geändert.

#### **Wenn gesellschaftspolitische Anliegen zu Verwaltungslasten erklärt werden**

Alljährlich veröffentlicht die Europäische Kommission den sogenannten Annual Burden Survey, der vor allem im Zeichen der „Besseren Rechtsetzungsagenda“ auf EU-Ebene steht und mögliche unnötige Verwaltungskosten aufgrund von EU-Gesetzen hervorhebt. Unter anderem setzt die Kommission auf das seit Jahren bestehende Programm REFIT, welches über Folgenabschätzungen und Fitness-Checks für eine effizientere Gesetzgebung sorgen soll.

Dem weiter oben beschriebenen One In, One Out-Prinzip kommt im Survey 2022 eine besondere Bedeutung zu: Erstmals wurde der Grundsatz 2022 auf alle neuen EU-Rechtsvorschläge voll umfänglich angewandt. Nach der von Arbeitnehmer:innenorganisationen und der Zivilgesellschaft laut gewordenen Kritik bemüht sich die Europäische Kommission mittlerweile ein Wording zu verwenden, das auch die Gesellschaftspolitik miteinschließt. So geht es nicht mehr nur um Belastungen für Kleine und Mittlere Unternehmen, die berücksichtigt werden sollen, sondern auch um jene der Zivilgesellschaft. Zudem wird nun auch erwähnt, dass der Nutzen von Gesetzen mitberücksichtigt wird.

In einer neuen Version der „Better Regulation Toolbox“ vom Juli 2023 ist zu lesen, dass ein „sozialer Abzinsungssatz“ bei der Gegen-

rechnung von Kosten und Nutzen zur Anwendung kommen soll. Damit soll eine bessere Berücksichtigung des Nutzens möglich sein, insbesondere weil Kosten und Nutzen oft zu verschiedenen Zeitpunkten eintreten. Der Abzinsungssatz wird beim OIOO-Prinzip mit drei Prozent festgelegt. Gleichzeitig unterstreicht die Kommission jedoch, dass das Kosten-Nutzen-Verhältnis je nach dem jeweils gewählten Abzinsungssatz ganz erheblich variieren kann. Politikoptionen, die einen hohen Nutzen versprechen, können im nächsten Moment bei Verwendung eines anderen Abzinsungssatzes plötzlich unattraktiv erscheinen.<sup>6</sup>

Die Kommissionsanalyse zu den einzelnen Politikbereichen, die unter dem OIOO-Prinzip vorgenommen wurde, lässt zum Teil erhebliche Zweifel darüber aufkommen, ob Kosten und Nutzen richtig gewichtet wurden. Auffallend ist auch, dass alle Kosten direkt als Verwaltungskosten subsumiert werden, gleich ob es sich etwa um Umweltinvestitionen oder beispielsweise Maßnahmen zum Schutz von Arbeitnehmer:innen handelt.

Die höchsten „Verwaltungskosten“ fielen demnach im Politikbereich des Grünen Deals an. Zwar wurde hier laut den Ergebnissen der Kommission ein Nutzen von geschätzten 387 Mio. € jährlich ermittelt, dem jedoch Kosten von 2,35 Mrd. € gegenüberstehen. Daraus resultiert also eine dem Grünen Deal zugewiesene „Nettoverwaltungslast“ von 1,96 Mrd. €. Ein positives Resümee zieht die Kommission im Bereich der Digitalisierung: Hier konnten im Politikbereich „Ein Europa fit für das Digitale Zeitalter“ netto 4,19 Mrd. € an Lasten abgebaut werden. Im Bereich „Eine Wirtschaft, die für die Menschen arbeitet“ konnten laut EK ebenfalls 4,78 Mrd. € eingespart werden, was insbesondere ei-

## Ausrichtung auf Unternehmensinteressen: Alte Verhaltensmuster bei den neuen Prioritäten der EK-Präsidentin

**Arbeitnehmer:innenvertretungen üben seit Jahren heftige Kritik an der Agenda der Besseren Rechtsetzung.**

ner Gesetzesinitiative zur „Mehrwertsteuer im digitalen Zeitalter“ geschuldet sei und Einsparungen in Höhe von 4,7 Mrd. € bringen soll. Unter diese Kategorie fällt jedoch auch ein Vorhaben, das den Schutz der Arbeitnehmer:innen vor der gesundheitlichen Belastung durch Asbest erhöhen soll und mit Netto-Verwaltungskosten von 33 Mio. € jährlich beziffert wird. Inwiefern hingen der Nutzen dieser Regelung einkalkuliert wurde, ist nicht ersichtlich: Dieser umfasst nicht zuletzt etwa vermiedene Krankenstände, geringere Gesundheitsausgaben oder auch die Erhaltung der Arbeitsfähigkeit der Beschäftigten samt des damit verbundenen Steuer- und Pensionsbeitragsaufkommens.

Dass ein System, das sich vor allem an Verwaltungskosten orientiert, höchst problematisch ist, sollte der Europäischen Kommission allerspätestens beim Punkt Kampf gegen sexuellen Missbrauch bei Kindern

bewusst werden: Den hat die Behörde jedoch bloß lapidar mit 82,5 Mio. € an Verwaltungskosten beziffert.

In Summe kommt die Europäische Kommission auf Einsparungen in Höhe von 7,3 Mrd. €, die durch die Anwendung des neuen OIOO-Prinzips bei den 52 Gesetzesinitiativen aus 2022 erreicht werden konnten. Grundsätzlich wäre das ein begrüßenswertes Ergebnis. Die Euphorie endet jedoch sehr rasch, wenn ein näherer Blick darauf folgt, was überhaupt als Verwaltungskosten definiert wird und welche Methodik bei der Ermittlung des Nutzens zum Einsatz kommt.

**Kritik der Gewerkschaften an der Besseren Rechtsetzungs-Ideologie**

Die Gewerkschaften wie auch die Arbeiterkammer üben bereits seit vielen Jahren heftige Kritik an der Agenda zur Besseren Rechtsetzung. In Stellungnahmen, Stu-

**„Verwaltungskosten“-Einsparungen durch das OIOO-Prinzip in 2022**

Politikbereich	Anzahl der Vorschläge	Kosten	Ersparnisse in Mio. €	Differenz
Europäischer Grüner Deal	15	2.352,3	-387,4	1.964,9
Digitales Zeitalter	13	1.899,8	-6.090,1	-4.190,2
Wirtschaft für die Menschen	9	85,9	-4.862,3	-4.776,4
Stärkeres Europa in der Welt	0	0	0	0
Förderung der europäischen Lebensweise	9	130,9	-377,3	-246,4
Förderung der europäischen Demokratie	6	0,6	-63,9	-63,3
<b>Gesamt</b>	<b>52</b>	<b>4.469,4</b>	<b>-11.780,9</b>	<b>-7.311,5</b>

**Knapp vor den EU-Wahlen ändert Kommissionspräsidentin Von der Leyen ihre Politik und fokussiert sich nun auf die Erfüllung von Wirtschaftsinteressen.**

dien und persönlichen Gesprächen haben die Arbeitnehmer:innenvertretungen ange mahnt, dass viele gesetzliche Regelungen auf EU-Ebene einen hohen Nutzen für Beschäftigte, die Gesellschaft sowie auch für die Unternehmen haben und nicht aufgrund einseitiger Wünsche einiger Wirtschaftsvertreter:innen abgeschwächt oder gestrichen werden dürfen. In vielen Fällen wurden Rechtsvorschlage mit großem Nutzen für Arbeitnehmer:innen und die Gesellschaft trotz vorheriger Ankündigung gar nicht erst vorgelegt. Das betrifft beispielsweise die Gesetzesvorschläge zu Erkrankungen des Bewegungsapparats, zu Passivrauchen oder Karzinogenen. Eine von der Europäischen Kommission eingesetzte Beratungsgruppe berichtete von großen Irritationen der Unternehmen wegen Informationspflichten, die sie zu leisten haben. So mussten laut dieser Expert:innengruppe nur wegen der Finanzkrise ab 2009 Informationsblätter zu Finanzanlageprodukten für Kleinanleger:innen zur Verfügung gestellt werden und konnten nicht einfach eingespart werden. Dass derartige Informationen gerade für Durchschnittsverdiener:innen, die ihr Ersparnes möglichst sicher anlegen wollen ganz wesentlich für die Einschätzung sind, wie hoch das Risiko mit dem Anlageprodukt ist, wurde nicht erwähnt.<sup>7</sup>

Die Arbeitnehmer:innenvertretungen konnten die EU-Behörden schließlich erfolgreich überzeugen, dass geplante Regelungen zum Arbeitnehmer:innenschutz wie zu Erkrankungen des Bewegungsapparats und zu Karzinogenen einen sehr hohen Mehrwert haben und die Gesetzesvorschläge wurden schließlich vorgelegt und erfolgreich verhandelt.

Gemeinsam mit Nichtregierungsorganisationen haben die Gewerkschaften immer wie-

der auf die zweifelhaften Ziele der Agenda der Besseren Rechtsetzung und des unter EU-Kommissionspräsidentin Ursula Von der Leyen ins Leben gerufenen OIOO-Prinzips hingewiesen. Das machten zuletzt der Europäische Gewerkschaftsbund und der WWF u.a. in einem gemeinsamen offenen Brief deutlich, in dem der Wert von qualitativ hochwertigen EU-Gesetzen hervorgehoben wurde.<sup>8</sup>

Trotz dieser Kritik fällt in den letzten Monaten immer deutlicher auf, dass die Europäische Kommission in ihrer Politik eine Kehrtwende vollzieht: Stand in den letzten Jahren die Gesellschaftspolitik stärker im Vordergrund, so zeigt sich nun, dass die Erfüllung von Unternehmenswunschen wieder absolute Priorität eingeräumt wird.

Das dürfte nicht zuletzt daran liegen, dass die EU-Wahlen vor der Tür stehen (6.–9. Juni 2024). Es ist abzusehen, dass es zu einer deutlichen Verschiebung Richtung Wirtschaftsparteien kommen dürfte. Bei den meisten Wahlen in den EU-Mitgliedsländern haben konservative, teils sogar rechtspopulistische Parteien gewonnen, und stellen nun den Regierungschef bzw die Regierungschefin. Auch bei den Koalitionspartner:innen innerhalb der neuen Regierungen ist ebenfalls festzustellen, dass es zu einer Verschiebung hin zu wirtschaftsnahen und rechtspopulistischen Parteien kommt, während Parteien, die eher gesellschaftspolitische Ziele verfolgen, zuletzt vermehrt ins Hintertreffen gelangt sind.<sup>9</sup>

### **Priorität KMU**

In welche Richtung die Maßnahmen zur „Besseren Rechtsetzung“ in nächster Zeit gehen könnten, wird im Rahmen einer neuen Initiative zur Entlastung der KMU und im Kommissionsarbeitsprogramm 2024

## Ausrichtung auf Unternehmensinteressen: Alte Verhaltensmuster bei den neuen Prioritäten der EK-Präsidentin

mehr als deutlich. Demnach unterstreicht die Kommission, dass sie sich für ein unternehmensfreundliches Regelungsumfeld einsetzt. Mittels eines eigenen KMU-Tests soll bei jedem neuen Rechtsvorschlag analysiert werden, welche Auswirkungen das geplante neue Gesetz auf KMU hat und ob es verhältnismäßig ist.

In der Mitteilung wird die Kommission dann mit jedem Absatz deutlicher. So stellt die Kommission folgendes fest: „Um den Interessen von KMU bei der Ausarbeitung neuer Legislativvorschläge besser Rechnung zu tragen, wird die Kommission bestimmte Ar-

ten von KMU-freundlichen Bestimmungen systematisch berücksichtigen.“ Schade nur, dass dies für Interessen in anderen Politikfeldern wie beispielsweise dem Gesundheits-, dem Beschäftigungs-, dem Verbraucher:innenschutz- oder dem Umweltbereich nicht gilt.

Dem aber noch nicht genug: Die Arbeiterkammer hat bereits mehrmals über das zweifelhafte Gremium des Regulatory Scrutiny Boards (RSB) berichtet<sup>10</sup>: Dieses hat die Möglichkeit, einen neuen Gesetzesvorschlag der Europäischen Kommission zu bewerten, noch bevor er den eigentlichen Gesetzgebern, dem Europäischen Parlament und dem Rat, vorgelegt wurde. Das RSB kann einen Vorschlag sogar an die Kommission zurückverweisen und so die Gesetzgebungsarbeit verzögern und Anpassungen in ihrem Sinne einfordern. Das RSB betont gerne, dass es seine Aufgaben unabhängig von äußeren Einflüssen ausübt.<sup>11</sup> Mit der neuen Mitteilung der Kommission zur Entlastung der KMU wird mit der Mär der Unabhängigkeit nun aufgeräumt: Denn die Kommission wird einen eigenen KMU-Beauftragten ernennen, der „unbeschadet der Arbeitsweise und Unabhängigkeit des Ausschusses Probleme zur Sprache bringen und den Ausschuss auf erhebliche negative Auswirkungen auf KMU“ aufmerksam machen kann. Das RSB-Gremium wird außerdem künftig dazu verpflichtet, die Wettbewerbsfähigkeit in den Mittelpunkt ihrer Beurteilung bei neuen Gesetzesvorhaben zu stellen.

Zusätzlich schlägt die Europäische Kommission im Arbeitsprogramm für 2024 vor, zahlreiche Berichtspflichten zu streichen.<sup>12</sup> Der Europäische Gewerkschaftsbund warnt hingegen davor, Regelungen zu streichen, die Auswirkungen auf Gewerkschafts-



Die Stimme der österreichischen Arbeitnehmer:innen und Konsument:innen für ein gerechtes Europa in allen Belangen.

**AK Europa.**

**AK Europa**  
@AK\_EU\_Int Folgt dir

Die Stimme der österreichischen Arbeitnehmer:innen und Konsument:innen für ein gerechtes Europa in allen Belangen.  
Österreich & Brüssel [w.ak.at/eu](https://www.ak.at/eu)  
Februar 2022 beigetreten  
409 Folge ich 635 Follower

AK Europa retweetete

**AK Europa** @AK\_EU\_Int · 2 T  
Amazon versucht mit kleinen Zugeständnissen kartellrechtlichen Verfahren der EU-Kommission zu beenden. Die EU-Kommission sollte sich das nicht einlassen. Weitergehende strukturelle Maßnahmen sind

@AK\_EU\_Int

## Ausrichtung auf Unternehmensinteressen: Alte Verhaltensmuster bei den neuen Prioritäten der EK-Präsidentin

**In einer neuen Kommissionsmitteilung werden KMU zahlreiche Privilegien eingeräumt. Gleichzeitig stellt die Kommission sicher, dass 99,8 Prozent der Unternehmen laut EU-Definition als KMU gelten.**

rechte und den Arbeitnehmer:innenschutz haben könnten und nennt als Beispiel die Umsetzung der Richtlinie über die Nachhaltigkeitsberichterstattung. Nach den Vorstellungen der Kommission soll aber genau dieser Rechtsakt vorerst um zwei Jahre nach hinten verschoben werden. Sorgen kommen in diesem Zusammenhang auch bei den Arbeiten zum Lieferkettengesetz auf, der zahlreichen KMU-Vertreter:innen ein Dorn im Auge ist. Gleichzeitig wird die Kommission aber nicht müde zu betonen, dass Sozial-, Verbraucherschutz-, Sicherheits-, Umwelt- oder wirtschaftliche Standards nicht abgesenkt werden sollen.

Gleichzeitig versucht die Kommission den Kreis von Unternehmen auszuweiten, die als KMUs gelten und daher nicht von den umfassenderen Pflichten, die für Konzerne zur Anwendung kommen, erfasst sind. Der-

zeit sind ohnehin bereit 99,8 Prozent der Unternehmen nach der gültigen EU-Definition Klein- und Mittelunternehmen. Sollte es tatsächlich zu einer Neudefinition kommen, könnten so gut wie keine Großunternehmen mehr übrigbleiben, für die EU-Gesetze vollumfänglich gelten. Damit wären wohl auch Sozial-, Verbraucher:innenschutz- und andere Standards negativ betroffen.

### Resümee

Sollte es zu der zu erwartenden Verschiebung der Kräfteverhältnisse im EU-Parlament nach den Wahlen 2024 kommen, ist zu befürchten, dass sich der nun zu beobachtende neue Kurs von EU-Kommissionspräsidentin Ursula Von der Leyen noch verschärft – zum Nachteil von Arbeitnehmer:innen und der Gesellschaft.

Frank Ey, AK Wien  
frank.ey@akwien.at

- 1 Pariser Klimaschutzübereinkommen - Consilium (europa.eu), abgerufen am 15.11.2023
- 2 Ein Europa für das digitale Zeitalter, Europäische Kommission, abgerufen am 15.11.2023
- 3 Agreement for better protection of workers from asbestos (europa.eu), Europäische Kommission, abgerufen am 15.11.2023
- 4 European Commission 2020 Work Programme (europa.eu), abgerufen am 15.11.2023
- 5 Das One-In-One-Out-Prinzip im Europäischen Rechtsetzungsprozess: Weniger ist nicht immer mehr - Portal der Arbeiterkammern und des ÖGB Verlags, abgerufen am 15.11.2023
- 6 Better Regulation Toolbox - Jul 2023 - FINAL.pdf (europa.eu), Europäische Kommission, abgerufen am 20. November 2023
- 7 EU-Programm REFIT: Und wieder ein Wolf im Schafspelz (awblog.at), abgerufen am 20. November 2023.
- 8 ETUC and WWF statement in response to the European Commission's 'Better regulation: Joining forces to make better laws' | ETUC, abgerufen am 20. November 2023.
- 9 EU-Parlamentswahlen 2024 - Arbeit&Wirtschaft Blog (awblog.at), abgerufen am 21. November 2023.
- 10 RSB\_Studie.pdf (akeuropa.eu) von LobbyControl und der Arbeiterkammer Wien, abgerufen am 21. November 2023.
- 11 Ausschuss für Regulierungskontrolle (europa.eu), abgerufen am 21. November 2023.
- 12 Arbeitsprogramm für 2024: Bürokratieabbau und Wettbewerbsfähigkeit im Fokus (europa.eu), abgerufen am 22. November 2023.

## UMKÄMPFTE ENERGIEWENDE WIDERSTAND GEGEN „GRÜNEN“ EXTRAKTIVISMUS IN KOLUMBIEN

Von  
Jakob Rammer

Die Energiewende hat einen Ansturm auf kritische Mineralien ausgelöst. Das führt bei der EU zu Kopfzerbrechen und bei Bergbaukonzernen zu einem Golddrausch. Das Beispiel Kolumbien verdeutlicht das Problem verfestigter Rohstoffabhängigkeiten. Während Rohstoffe und Gewinne vor allem in den globalen Norden fließen, leiden vor Ort Mensch und Umwelt. Doch ein Besuch vor Ort zeigt: Es regt sich auch zunehmend Widerstand gegen den „grünen“ Extraktivismus.

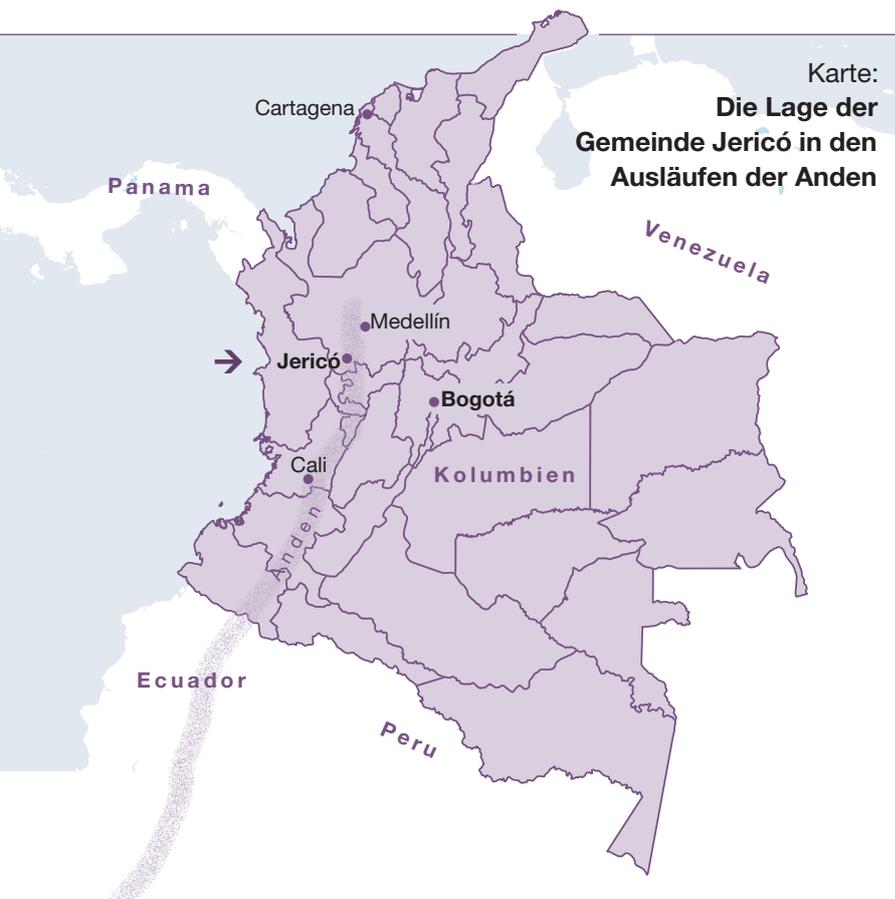
**„Sie wollen hier eine Mine bauen, die die Natur zerstören und das Wasser nehmen, und in 20 Jahren sind sie wieder weg. Aber wie sollen wir überleben, ohne Wasser?“**

In Kolumbien ist offener Aktivismus für Umweltschutz, Menschen- und Arbeitsrechte so gefährlich wie in kaum einem anderen Land.<sup>1</sup> Jahr für Jahr zählt Kolumbien weltweit zu den Staaten mit den höchsten Mordraten an Aktivist:innen. Besonders bedroht sind Indigene, Umweltaktivist:innen und Gewerkschafter:innen. Dennoch kämpfen unzählige Bewegungen weiter für den Schutz ihrer Rechte und gegen Ausbeutung von Menschen und Natur. So auch in Jericó, einer kleinen Gemeinde gelegen in den Ausläufen der Anden im Südwesten von

Antioquia, dem grünen Herzen Kolumbiens (siehe Karte). Die Menschen dort leisten seit mehr als zehn Jahren erbitterten Widerstand gegen AngloGold Ashanti (AGA), den viertgrößten Goldproduzenten der Welt. Der multinationale Konzern aus Südafrika ist berüchtigt: in Kongo baute er in Konfliktzonen Gold ab und finanzierte bewaffnete Rebellen<sup>2</sup>. In Südafrika mussten die in den Minen schwer erkrankten Arbeiter:innen mit den Worten „zahlt uns, bevor wir sterben“ um die Auszahlung der schon lange verordneten Entschädigungszahlungen flehen<sup>3</sup>. Auch in Jericó formierte sich schnell Widerstand gegen die Pläne des Konzerns.

### Der Kampf gegen eine Kupfermine im grünen Herzen Kolumbiens

Konkret geht es um das mehrere hundert Meter unter der Oberfläche liegende Kupfer, eines der mineralischen Fundamente für die Energiewende, dass AGA in der geplanten Mine „Quebradona“ abbauen will. Gold und Silber finden sich ebenso im Gestein, die vom Konzern vermuteten 4,9 Tonnen sollen über 21 Jahre an die Oberfläche gebracht werden. Für den Abbau braucht AGA eine Umweltlizenz, doch die dafür notwendigen explorativen Bohrungen werden durch die Campesinos verhindert. Seit über zehn Jahren blockieren sie friedlich und entschlossen die einzige Zufahrtstraße zu dem abgelegenen Teil der Gemeinde. Dabei geht es den ih-



**„Grüner Extraktivismus“ beschreibt ein Narrativ, das die Ausbreitung extraktiver Produktionsformen mit Verweis auf die angebliche Notwendigkeit für den Klimaschutz legitimiert.**

nen um nichts weniger als ihre Existenz, wie ein Bauer klarstellt: „Sie wollen hier eine Mine bauen, die Natur zerstören und das Wasser nehmen, und in 20 Jahren sind sie wieder weg. Aber wie sollen wir überleben, ohne Wasser?“. Im Laufe der Zeit versuchte AGA vieles, von Einschüchterungen mithilfe von Militär und Polizei über Bestechungen des Bürgermeisters bis hin zu juristischen Drohungen. Mit Geschenken an den lokalen Musikverein und an die Schulen wollte man sich Zustimmung erkaufen, was zu Konflikten in der lokalen Bevölkerung führte.<sup>4</sup> Die Polarisierung, angeheizt durch die zündelnde Rhe-

torik des Konzerns, mündete 2021 schließlich in einer Messerattacke gegen Fernando Jaramillo, den Kopf des Widerstands, die er nur durch Glück überlebte. Trotz der Gefahren und Schwierigkeiten entstand aus dem lokalen Kampf der Campesinos über die Jahre eine große regionale Bewegung. Die Menschen darin blicken auf eine lange und gewaltvolle Geschichte des Bergbaus in Kolumbien zurück (siehe Infobox links). Nun wehren sie sich umso entschlossener gegen die drohende Ausbeutung von Menschen und Natur durch multinationale Konzerne.

### „Grüner“ Extraktivismus oder ein sozio-ökologisches Desaster?

Die sozio-ökologischen Auswirkungen einer Mine wie „Quebradona“ sind enorm, was selbst aus den verschönerten Plänen des Konzerns klar hervorgeht. Wohl auch deshalb spricht AGA immer wieder von der Unverzichtbarkeit des Kupfers für die Energiewende. Man bedient also das Narrativ des „grünen Extraktivismus“: mit dem Verweis auf die angebliche Notwendigkeit für den Klimaschutz soll die Expansion und Intensivierung des Bergbaus und anderer extraktiver Sektoren gerechtfertigt werden.<sup>5</sup> Die ist aus drei zentralen Gründen zu kritisieren: Erstens werden damit Abhängigkeiten und ungleichen Handelsbeziehungen verfestigt, denn den hohen Rohstoffbedarf des globalen Nordens soll neuerlich der globale Süden mit geringer Perspektive für eigene Wertschöpfung decken. Zweitens ist Klimaschutz mehr als die Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen und es muss ernsthaft diskutiert werden, inwiefern die Zerstörung ganzer Ökosysteme im globalen Süden zur Produktion billiger Rohstoffe für den globalen Norden gerechtfertigt ist. Drittens spielt

### Die blutige Geschichte des Bergbaus in Kolumbien

Der Bergbau hat in Kolumbien eine lange, gewaltvolle Geschichte, die bis zur brutalen Kolonisierung durch die Spanier im 16. Jahrhundert zurückreicht. Der Kampf um Gold und andere Rohstoffe ist auch ein zentraler Bestandteil in Kolumbiens innerem Konflikt, der nun bereits 50 Jahren andauert und tiefe Narben im Land hinterlassen hat.<sup>10</sup> Die ohnehin prekäre Situation verschlechterte sich durch den Rohstoffboom in den 2000ern und den parallel ablaufenden neoliberalen Reformen des Bergbausektors zusätzlich. Getrieben vom steigenden Goldpreis wurden unter der Präsidentschaft des rechten Präsidenten Álvaro Uribe (2002–2010) Minentitel geradezu verscherbelt: ungefähr 9.000 Titel im Ausmaß von etwa 7% des kolumbianischen Landes – etwas mehr als die Gesamtfläche Österreichs – wurden in diesen acht Jahren ausgestellt. Ein großer Teil davon entfiel auf die Bundesstaaten Chocó und Antioquia. Die Ankunft von Konzernen wie AGA und hinterließ dort bald eine Spur aus „sozio-ökologischen Katastrophen“. <sup>11</sup> Wo die Unternehmen ankamen, tauchten kurze Zeit später rechte Paramilitärs auf, und Aktivist:innen begannen zu verschwinden.

das Narrativ den großen Konzernen in die Hände, die damit noch mehr Druck auf Regierungen und lokale Bevölkerung ausüben können. Denn solange der Zugang zu Rohstoffen und die Versorgungssicherheit im Mittelpunkt stehen, werden Fragen nach den sozio-ökologischen Auswirkungen schnell unter den Tisch gekehrt.

**Die dramatischen Folgen von Rohstoffabhängigkeit: Ausbeutung von Arbeiter:innen, Vertreibungen, Umweltzerstörung, Kriminalität und soziale Konflikte.**

Darauf spekulierte wohl auch AGA, denn in der Ende 2019 eingereichten Umweltverträglichkeitsstudie hat der Konzern die Auswirkungen des Projekts dramatisch heruntergespielt und als nichtig dargestellt. Zahlreiche Studien, sowohl von der Bewegung finanziert als auch von unabhängigen Stellen, kamen aber zu gänzlich anderen Ergebnissen. So sollen laut den Plänen des Konzerns mehr als 119 Millionen Tonnen teils toxische Abfälle nur 2 Kilometer vom Rio Cauca, einen der größten Flüsse Kolumbiens, in einer 160 Hektar großen und 220m hohen Deponie gelagert werden. Dass es sich dabei um eine Region mit hoher seismischer Aktivität handelt, und daher erhöhte Gefahr eines Austretens der Abfälle und damit für eine desaströse Umweltkatastrophe besteht, wurde in der Studie des Konzerns verschwiegen.<sup>6</sup> Geologische Studien prognostizierten außerdem enorme Grundwasserrückgänge, was nicht nur die lokale Flora und Fauna, sondern auch die traditionelle Landwirtschaft stark bedrohen würde. Zwar werden mit der Mine bis zu 8000 Arbeitsplätze in Aussicht gestellt, allerdings bleibt fraglich, ob diese der lokalen Bevölkerung überhaupt zugutekämen. Auch droht damit die Ankunft von tausenden Arbeitssuchenden und kriminellen Gruppen - die damit einhergehenden soziale Konflikte waren bei anderen (Gold-) Minen in Kolumbien verheerend. So liefert sich etwa nur 100km nördlich der Clan del Golfo einen „unterirdischen Krieg“ mit dem Militär in den Stol-

len der Goldminen von Buriticá. Außerdem würde der Bergbau traditionelle Berufe in der Region, wie das Lederhandwerk, den Kaffeeanbau oder den Tourismus verdrängen und eine starke ökonomische Abhängigkeit schaffen. So wurde ein geplantes Ökotourismus-Projekt des angesehenen Unternehmens COMFAMA mit hunderten Arbeitsplätzen aufgrund der geplanten Mine bereits abgesagt.<sup>7</sup>

### Die Plage der Rohstoffabhängigkeit im Norden Kolumbiens

Die Befürchtungen in Jericó sind andernorts bereits Realität: der Kohleabbau im Norden Kolumbiens zeigt, wie die Ausbeutung durch Bergbaukonzerne eine Region völlig zu Grunde richten kann. Die Bevölkerung rund um die gewaltigen Kohletagebaue, darunter viele Angehörige indigener Völker, leidet unter konstanten Wasserknappheiten, Verschmutzungen durch toxischen Müll, extremer Feinstaubbelastung und den resultierenden gesundheitlichen Schäden. Gegen erhebliche Widerstände der Bevölkerung wurden die Minen immer wieder erweitert und dafür Flüsse umgeleitet, Wälder gerodet und mithilfe rechter Paramilitärs Menschen vertrieben. Seit Jahren machen internationale Organisationen wie die UN auf die desaströse Lage vor Ort aufmerksam, doch die multinationalen Konzerne, allen voran Glencore (Schweiz) und BHP (Kanada), scheinen weiter völlige Narrenfreiheit zu genießen. Da satte 47% des BIP des Bundesstaats direkt auf den Kohlektor zurückgehen, ist man wirtschaftlich derart stark abhängig, dass gegen die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung kaum vorgegangen wird.<sup>8</sup> Auch die Arbeiter:innen leiden unter der Übermacht der Konzerne, was Gewerkschaften wie Sintracarbón, die stärkste unter den zersplitterten Gewerkschaften im

## Umkämpfte Energiewende: Widerstand gegen „grünen“ Extraktivismus in Kolumbien

**Nach dem Erfolg der Bewegung wird nun gemeinsam mit der linken Regierung an einem nachhaltigen Wirtschaftsmodell für die Region gearbeitet.**

Kohlesektor, allen Gefahren zum Trotz seit Jahren öffentlich anprangern. Sie beklagen unter anderem Verstöße gegen Gesundheits- und Sicherheitsrichtlinien, unmenschliche Arbeitsbedingungen und Lohnrückhaltung sowie die systematische Unterdrückung von Gewerkschaften.<sup>9</sup> Im persönlichen Gespräch erzählt ein Gewerkschafter sogar von Todesdrohungen. Dennoch arbeiten dort weiterhin Menschen, „denn es ist die einzige Arbeit, die es hier gibt“, so derselbe Arbeiter. Die Schließung der Mine der Firma Prodeco im Jahr 2021 zeigt, was noch auf die Region zukommt. Das Subunternehmen von Glencore gab die Minentitel an die Regierung zurück, ein beispielloser Schritt, und stellte auf einen Schlag die Produktion ein. Über 7000 Arbeiter:innen wurden gefeuert, die wirtschaftlichen Auswirkungen

auf die Region sind katastrophal. Einer der Gewerkschafter erklärt: „Jahrelang hat man weggeschaut, jetzt ist es zu spät. Nachdem sie [die Konzerne] ihre Profite gemacht haben, verschwinden sie und lassen uns und die Bevölkerung mit dem Schaden zurück“. Rechtlich bleibt bislang unklar, ob man Prodeco zur Verantwortung ziehen kann. Was bleibt, sind Arbeitslosigkeit, eine kranke Bevölkerung und eine zerstörte Natur.

### Alternativen werden im Dialog entwickelt

Auch in Jericó zieht man Schlüsse aus der drastischen Situation im Norden des Landes. Neben den sozio-ökologischen Auswirkungen der Rohstoffausbeutung sind Abhängigkeit und fehlende Wertschöpfung daher zentrale Kritikpunkte der Widerstandsbewegung. Im Kampf gegen die Mine ist es

# Kurswechsel

Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen  
www.kurswechsel.at

Einzelheft: € 12,—      Bestellung an: Sonderzahl Verlag  
Normalabonnement: € 29,—      Tel.: (0043-1) 586 80 70  
StudentInnenabonnement: € 18,—      E-Mail: verlag@sonderzahl.at  
Auslandsabonnement: € 36,—      www.sonderzahl.at



#### HEFT 1:

##### Brennpunkte aktueller Krisenpolitik

Die Politik hat derzeit mit vielen großen Herausforderungen gleichzeitig zu kämpfen. Welche Chancen und welche Probleme liegen in den offiziellen Krisenantworten? Mit Beiträgen von Annamaria Simonazzi, Marica Frangakis u. a.

#### HEFT 2:

##### Sozialstaat Österreich: Im Umbruch?

In den verschiedenen Feldern staatlicher Sozialpolitik wurde in weitreichender Form auf die krisenhaften Entwicklungen der letzten Jahre (Pandemie, Energiekrise, Inflation usw.) reagiert. Was bedeutet das perspektivisch für die Zukunft des österreichischen Wohlfahrtsstaates? Überwiegt Kontinuität oder Wandel – oder kommt es gar zu radikalen Brüchen? Mit Beiträgen von Emmerich Tálos, Bettina Leibetseder u. a.

#### HEFT 3:

##### Zwischen Deglobalisierung und Geoökonomie

Die Vielfachkrise erschüttert die Weltwirtschaft und macht bisherige Globalisierungspolitik zum Auslaufmodell. Wie wirken sich die verschärften Konflikte um geostrategische Interessen und neue außenwirtschaftliche Prioritäten aus? Wohin führen die Rufe nach mehr Versorgungssicherheit, Resilienz oder auch strategischer Autonomie? Welche Räume eröffnen sie für Alternativen? Mit Beiträgen von Joachim Becker, Miriam Frauenlob, Oliver Prausmüller u. a.

#### HEFT 4:

##### Feministische Ökonomie – progressive Krisenantworten?

Neben einer Standortbestimmung der Feministischen Ökonomie in Österreich und darüber hinaus, werden die aktuellen Krisen aus einem feministischen Blickwinkel diskutiert. Welche ökonomischen Auswirkungen haben diese Krisen auf Frauen bzw. die Geschlechterverhältnisse? Und welche Maßnahmen und welches strukturelle Umdenken sind nun (mehr denn je) notwendig?

## Kritik im Abo

**Damit die Energiewende der EU Menschen und Natur nicht noch weiter ausbeutet, braucht es echte Kreislaufwirtschaft und eine andere Handelspolitik.**

der Bewegung deshalb auch wichtig, nicht nur die ökologische Vielfalt und das kulturelle Erbe der Region zu betonen, sondern auch eine Debatte um wünschenswerte Alternativen zu eröffnen. Dadurch konnte man viele Akteur:innen der lokalen Wirtschaft für sich gewinnen. Mit deren Unterstützung initiierte die Widerstandsbewegung 2020 eine nationale Kampagne und intervenierte mit Stellungnahmen und wissenschaftlichen Studien in das Lizenzierungsverfahren. Dies trug, gemeinsam mit den anhaltenden Blockaden der Campesinos, entscheidend zur Stilllegung des Verfahrens 2021 durch die nationalen Behörden im Jahr 2021 bei. Trotz des temporären Erfolges gibt sich die Bewegung nicht der Illusion hin, dass alles so bleiben könne, wie es ist. Denn die Menschen verstehen die Komplexität des Problems, so Fernando Jaramillo: „Solange das Kupfer da ist, werden die Konzerne versuchen, es herauszuholen. Erst wenn die großen Volkswirtschaften verstehen, dass sie ihr Wirtschaftsmodell umstellen müssen, wird es eine echte Lösung geben“. In der Zwischenzeit bemüht sich die Widerstandsbewegung um die Entwicklung von Alternativen vor Ort. Rückenwind erhält sie dabei vom aktuellen Präsidenten Petro, der wiederholt seine Unterstützung zugesichert hat. Aktuell wird auf seinen Vorschlag hin die Umsetzung eines ‚Distrito Agrario‘ (zu Deutsch etwa ‚landwirtschaftliche Zone‘) diskutiert, in dessen Mittelpunkt Nachhaltigkeit und regeneratives Wirtschaften stehen soll. Um dahin zu gelangen, sucht die Regierung auch den Dialog mit der Zivilgesellschaft. Erste Treffen mit Vertretern der Widerstandsbewegung, sozialen Organisationen, Gewerkschaften und wirtschaftlichen Akteuren fanden bereits statt. Auch die Vereinbarkeit des regenerativen Wirtschaftens mit dem Bergbau soll Thema sein. Hierzu gibt es auch Vorschläge aus den Reihen der

Widerstandsbewegung, wie beispielsweise die Förderung von handwerklichem Bergbau zur regionalen Weiterverarbeitung. Vor allem kleiner müssten die Projekte sein, um die sozio-ökologischen Auswirkungen zu begrenzen und starke Abhängigkeiten zu verhindern.

### Fazit und Handlungsmöglichkeiten

Der Blick nach Kolumbien zeigt eindrücklich, mit welchen Gefahren der aktuelle Ansturm auf die kritischen Rohstoffe für die Energiewende verbunden ist. Neben dem Kohlebergbau im Norden verdeutlichen noch viele weitere Beispiele die Ausbeutung von Natur, Arbeiter:innen und der lokalen Bevölkerungen durch multinationale Konzerne, gestützt von den rohstoffexportabhängigen Regierungen. Mit dem vorgeschobenen Klimaschutz haben Bergbaukonzerne nun eine zusätzliche Legitimationshilfe (Stichwort: grüner Extraktivismus) und dazu noch politische Rückendeckung aus dem globalen Norden (Stichwort: Versorgungssicherheit). Vor dem Hintergrund dieses enormen politischen und ökonomischen Drucks ist es umso wichtiger, die sozio-ökologischen Auswirkungen des grünen Extraktivismus zu thematisieren. Das Beispiel Jericó zeigt, wie wichtig zivilgesellschaftliche Kontrolle für die Benennung der Probleme ist, und dass der Weg zu greifbaren und gerechten Alternativen nur über den Dialog mit der Zivilgesellschaft führen kann. Das sollte sich auch die EU bewusst machen, und wichtige Fragen zu Beschaffung und Versorgungssicherheit mit der Frage nach dem Wie und den sozio-ökologischen Auswirkungen verbinden. So könnte die EU vor dem Abschluss von Rohstoffabkommen und -partnerschaften den Kontakt zu den betroffenen Arbeiter:innen und der lokalen Bevölkerung suchen. Im gemeinsamen Austausch könnten dann verbindliche Regeln für mehr

## Umkämpfte Energiewende: Widerstand gegen „grünen“ Extraktivismus in Kolumbien

sozio-ökologischen Schutz und bessere Arbeitsbedingungen sowie partizipative Mechanismen zu deren Umsetzung und Kontrolle entwickelt werden. Anstatt sich als Moralapostel aufzuspielen, würde die EU lokale zivilgesellschaftliche Beteiligung an politischen Prozessen stärken. Vorstellbar wäre zudem, eigene Regulativen ähnlich dem Lieferkettengesetz zu schaffen, jedoch unter Berücksichtigung der besonderen Herausforderungen extraktiver Sektoren und deren Position am Beginn der Lieferkette. Wichtig wäre außerdem eine Abkehr von einem Handelssystem, das den globalen Süden auf einen Lieferanten billiger Rohstoffe reduziert und vor Ort Entwicklungsmöglichkeiten nimmt. Denn dadurch werden dort Ungleichheiten und autoritäre Tendenzen

gefördert, während sich die Importabhängigkeit der EU zusätzlich verschärft. Der Strukturwandel im Zuge der Energiewende bietet viele Chancen für solch einen Kurswechsel: der immense Rohstoffbedarf der EU könnte durch ambitionierte Kreislaufwirtschaft und dem Ausbau öffentlichen Transports statt Individualverkehr drastisch gesenkt werden. Währenddessen könnten höhere Rohstoffpreise und die Förderung lokaler Weiterverarbeitung dafür sorgen, dass den Arbeiter:innen und der Bevölkerung vor Ort stärker von der Wertschöpfung profitieren.

**Jakob Rammer**, Masterstudent der Internationalen Entwicklung an der Uni Wien und forscht zu Extraktivismus und Wasserstoff in der Energiewende.  
jakob.rammer@gmx.at

- 
- 1 Human Rights Watch (2021) Left Undefended: Killings of Rights Defenders in Colombia's Remote Communities. <https://www.hrw.org/report/2021/02/10/left-undefended/killings-rights-defenders-colombias-remote-communities> (abgerufen am 27.11.2023)
  - 2 Human Rights Watch (2005) The Curse of Gold. <https://www.hrw.org/report/2005/06/01/curse-gold> (abgerufen am 22.11.2023).
  - 3 Zenda, C. (2021) "Pay Us Before We Die": Ailing Ex-South African Miners Plead <https://allafrica.com/view/group/main/main/id/00077808.html> (abgerufen am 22.11.2023).
  - 4 Jaramillo, F., Velásquez, L. M., & Sánchez, P. (2022) El Suroeste antioqueño ni se compra ni se vende. Heinrich Böll Stiftung. <https://co.boell.org/es/2023/04/10/el-suroeste-antioqueno-ni-se-compra-ni-se-vende> (abgerufen am 22.11.2023).
  - 5 Voskoboynik, D. M., & Andreucci, D. (2022) Greening extractivism: Environmental discourses and resource governance in the 'Lithium Triangle.' *Environment and Planning E: Nature and Space*, 5(2), 787–809.
  - 6 Cock Londoño, J. E., & Hoyos Patiño, F. (2019) Consideraciones Sobre el Proyecto Minera Quebradona de Anglogold Ashanti - Resumen Ejecutivo. [https://issuu.com/despertajerico/docs/resumen\\_ejecutivo](https://issuu.com/despertajerico/docs/resumen_ejecutivo) (abgerufen am 22.11.2023).
  - 7 Análisis de efectos del proyecto minero Quebradona – Resumen Ejecutivo. (2020). Comfama. <https://www.comfama.com/proyectosuroeste> (abgerufen am 22.11.2023).
  - 8 Harrison, A. (2021) "We are going to kill you." A case study in corporate power left unchecked. Global Witness. <https://www.globalwitness.org/en/blog/we-are-going-to-kill-you-a-case-study-in-corporate-power-left-unchecked/> (abgerufen am 22.11.2023).
  - 9 IndustriALL (2018) Case study: Glencore in Colombia <https://www.industrial-union.org/case-study-glencore-in-colombia> (abgerufen am 22.11.2023).
  - 10 Vélez-Torres, I., & Méndez, F. (2022) Slow violence in mining and crude oil extractive frontiers: The overlooked resource curse in the Colombian internal armed conflict. *The Extractive Industries and Society*, 9.
  - 11 Forero Martínez, L. P. (2010, October). La minería en Colombia, contexto, realidades y resistencias. *Revista Semillas*, 42/43, p. 26.

## BUCHBESPRECHUNG INSELN DER WENIGEN

Der kanadische Historiker Quinn Slobodian beschreibt in seinem neuen Buch „Kapitalismus ohne Demokratie“, wie Marktradikale und libertäre Milliardäre die Welt in Zonen aufteilen, um dort eine Gesellschaft ohne Demokratie zu erproben – und was das mit dem globalen Erstarken Rechtsextremer zu tun hat.

Von  
Lisa Mayr-Sinnreich

Bei Quinn Slobodian gleicht unsere Welt einem Emmentaler. Der Historiker beschreibt in seinem neuen Buch kenntnisreich und gut lesbar die Löcher im Käse: Das sind mehr als 4500 geografische, politische und rechtliche Zonen auf der ganzen Welt, in denen Demokratie keine Rolle mehr spielt, weil dort ein von der Idee der Gemeinschaft befreiter Hyperkapitalismus floriert.

**Ethischer Nationalismus und hyperkapitalistischer Neoliberalismus sind demnach kein Widerspruch, sondern greifen nahezu perfekt ineinander.**

Das Sagen in diesen Zonen haben libertäre Milliardäre vom Schlage eines Peter Thiel, Anarchokapitalisten, als Politiker getarnte Staatsfeinde. Ihr gemeinsames Ziel: Den Staat zu überwinden, den Markt von allen Beschränkungen zu befreien und die Idee der Allgemeinheit dauerhaft zu vergiften. Immer mehr Löcher stanzen die Marktradikalen ins globale soziale Gewebe und machen sich damit die Welt, wie sie ihnen gefällt.

### Zone als Modell des neuen Staates

Slobodian beschreibt die demokratielosen Zonen in all ihrer Vielfalt – es sind Stadtstaaten wie Singapur, abgeriegelte Enklaven der Superreichen, Sonderwirtschafts- und Freihandelszonen als sub-nationale Territorien auf der ganzen Welt, es sind „Freeports“ und „Enterprise Zones“, in denen Steuer-, Arbeits- und Umweltgesetze zugunsten von Investoren und nicht zum Wohle der Vielen gezimmert sind.

Das gelobte Land der Marktradikalen sei nicht zufällig Hongkong: Historische Blau-

pause für einen Kapitalismus ohne Demokratie, mit verstümmelten Bürgerrechten unter britischer Verwaltung höchst erfolgreich und bis heute Magnet für internationales Kapital – eine Zone, die die klassischen Nationalstaaten mit ihren behäbigen Sozialsystemen und ihrem demokratischen Firlefanz feixend diszipliniert. Hongkong ist das Zukunftslabor für jenen Gesellschaftsentwurf, den die Marktradikalen im Großen auszurollen trachten: eine stets in Bewegung befindliche Festung für das Kapital, sicher vor dem Zugriff des Volkes. Die Zone entwickle so im Kleinen das Modell eines neuen Staates.

### Freier Markt und Stacheldraht

Dass jeder Staat unweigerlich in der Tyrannei der Massen ende, ist laut Slobodian der ideologische Kerngedanke der Libertären und Anarchokapitalisten: Individuelle Freiheit gilt daher als ihr höchstes Gut, nicht Gemeinschaft oder Sozialstaat, nicht Bürger:innenrechte oder formale Demokratie. Kundig und reich an Belegen beschreibt er die Netzwerke der Marktradikalen und zeigt, woher das Geld für ihre Thinktanks kommt, wer wen berät und wie sich ihre Ideen fort- und festsetzen.

Ethischer Nationalismus und hyperkapitalistischer Neoliberalismus sind da kein Widerspruch, schreibt Slobodian, sondern ein „perfect match“. Den Aufstieg der extremen Rechten in den letzten Jahrzehnten deutet er daher anders als viele rezente Ansätze es

## Buchbesprechung: Inseln der Wenigen

**Dass jeder Staat in der Tyrannei der Massen ende, ist laut Slobodian ideologischer Kerngedanke der Libertären und Anarchokapitalisten: Individuelle Freiheit gilt daher als ihr höchstes Gut, nicht Gemeinschaft oder formale Demokratie.**

tun: Zeitgenössische Rechtsradikale wollen nicht etwa zurück zu einem plumpen Nationalismus Marke 1930. Vielmehr sehen sie in den nach außen streng abgeschotteten postdemokratischen Miniaturen des Hyperkapitalismus ihren ideologischen Traum verwirklicht. Die neuen Rechten wissen: Mit weniger Staat und freiem Markt allein kriegt man weder Grenzen dicht noch die Unerwünschten raus.

Vollzogen sei die ideologische Paarung von Anarchokapitalismus und rassistischem Sezessionismus etwa in den Weltbildern des argentinischen Neo-Präsidenten Javier Milei, bei Donald Trump und den Protagonisten der Tea Party, zuletzt bei Jair Bolsonaro in Brasilien, bei Techmilliardären wie Peter Thiel oder Elon Musk und modernen Staatsverweigerern.

Slobodian gelingt es blendend, diese alarmierende gesellschaftliche Entwicklung als Ergebnis konkreter politischer Schritte einiger Weniger mit viel Kapital zu beschreiben. Er hat keine Scheu vor verständlicher Sprache und starken Bildern und ermöglicht damit ein breites Verständnis für den Zustand unserer Welt. Für seine Klarheit

## Buchtip



Quinn Slobodian

### **Kapitalismus ohne Demokratie.**

Wie Marktradikale die Welt in Mikronationen, Privatstädte und Steueroasen zerlegen wollen. Suhrkamp, 2023.

### **Zum Autor:**

**Quinn Slobodian**, geboren 1978 im kanadischen Edmonton, ist Associate Professor am Department of History des Wellesley College. Seine Spezialgebiete sind deutsche Geschichte, soziale Bewegungen und das Verhältnis zwischen den Industrieländern und dem Globalen Süden.

und Prägnanz ist Slobodian zu danken, sein Buch eine dringende Empfehlung – auch wenn der versöhnliche Ausblick am Ende ausbleibt.

Lisa Mayr-Sinnreich, AK Wien  
lisa.mayr-sinnreich@akwien.at



OGB

Das internationale Forschungspraktikum von AK und ÖGB

# GLOBAL UNION RESEARCH INTERNSHIP

Möchtest du dich mit **zentralen Fragen der europäischen und internationalen Gewerkschaftsbewegung** wissenschaftlich auseinandersetzen?

**Dann reiche deine Ideen bei uns ein!**

Die Arbeiterkammer Wien und der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) bieten dir mit dem **Global Union Research Internship (GURI)** ein innovatives Forschungspraktikum. Du wirst dabei für vier Monate bei der AK Wien als Forschungspraktikant angestellt und von den Expert:innen von AK und ÖGB fachlich gecoacht. Im Rahmen des Praktikums kannst du auch Auslandserfahrung sammeln, indem du eine Zeit bei einer Einrichtung innerhalb Europas oder darüber hinaus verbringst (rund zwei Wochen nach individueller Absprache).

**Gemeinsam für eine gerechtere Welt kämpfen!**

Egal ob Corona, Klimakrise oder die zahlreichen Konflikte: **Die großen Herausforderungen unserer Zeit sind nur zu schaffen, wenn sie auch als soziale Frage verstanden werden.** Treibende Kraft dafür ist die internationale Gewerkschaftsbewegung. In vielen Ländern der Welt kämpft sie für wichtige Anliegen. Dazu zählen die ständige Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, der gerechte Übergang in eine klimaneutrale Wirtschaftsweise, aber auch die Durchsetzung von elementaren Freiheitsrechten und eine aktive Friedensarbeit. In diesen Auseinandersetzungen können sie auch deine wissenschaftliche Unterstützung benötigen.

**Großer Themenkorb an Forschungsfragen**

Reiche deine wissenschaftliche Fragestellung bei uns ein. Folgende Themenbereiche sind von besonderem Interesse:

- ▶ **Bekämpfung von Ausbeutungsverhältnissen** bzw. Durchsetzung von Arbeitnehmer:innenrechten in europäischen und internationalen Zusammenhängen
- ▶ **Ansatzpunkte für einen sozial-ökologischen Umbau** des globalen Wirtschaftssystems
- ▶ **Gesellschaftliche Bewusstseinsbildung** und institutionelle Stärkung der Gewerkschafts- bzw. Arbeitnehmer:innenbewegung
- ▶ **Analysen positiver Entwicklungen** und Beispiele und mögliche Umsetzungsstrategien

Die eingereichten Forschungsfragen können Gegenstand von Arbeiten aus unterschiedlichen Fachbereichen sein. Zu nennen sind z. B. Politikwissenschaften, Ökonomie, Jus, Geschichte, Publizistik, Philosophie oder Kommunikationswissenschaften.

## ANFORDERUNGEN

- ▶ Wissenschaftliche Arbeit (Dissertation, Master, Bachelor)
- ▶ Verbundenheit mit den Zielen der Gewerkschaftsbewegung
  - ▶ Interesse an entsprechender Vernetzung und Weiterentwicklung
  - ▶ Aussagekräftige Bewerbung (rund 2 A4-Seiten)

## EINREICHFRIST

für den Zeitraum  
von März bis Juni 2024  
▶ **22. 12. 2023**

## RÜCKFRAGEN

Mag. **Valentin WEDL**  
AK Wien,  
EU & Internationales  
valentin.wedl@akwien.at

Dr. Marcus **STROHMEIER**  
ÖGB, Int. Sekretariat  
marcus.strohmeier@oegb.at